

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfspaltige Postzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 257.

Mittwoch, den 2. November 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Auf dem Pulverfaß.

Die herrschenden Klassen rufen nach Ausnahmegeetzen gegen die emporkommenden organisierten Arbeitermassen. „Los, gegen Sozialdemokratie!“ schreit der Staatsstreicher Oldenburg. „Wir bedürfen scharfer, bis zur Vernichtung gehender Ausnahmemaßregeln!“ heißt es in dem frommen Bromwucherbuch, der „Kreuzzeitung“. Die Reaktion schreit das Wasser schon am Halse zu spüren. Die Erfolge der Sozialdemokratie in der letzten Zeit haben sie in Schrecken versetzt. Die Herrschaften sehen, daß ihnen ihr Untergang droht und daher wollen sie — nach alten Rezepten — die Bewegung der entrechteten und besitzlosen Massen niederschlagen. Wenn sie ein wenig in der Geschichte Bescheid wüßten, müßten sie erkennen, daß sie mit Ausnahmebestimmungen ihre Position nicht verbessern. Bei großen Bewegungen hat die am Ruher sitzende Klasse regelmäßig an die Gewalt appelliert, um die unterdrückten Klassen in Schach zu halten, aber der Erfolg ist meist ausgeblieben. Als sich das Christentum im alten Römerreich ausbreitete, wurde es gleichfalls als „Umsturzpartei“ angesehen, die international war, die Religion untergrub und den Willen des Kaisers als oberstes Gesetz nicht anerkannte. Die Versammlungen und Abzeichen der Christen wurden verboten. Man erklärte sie, die Mitglieder der Christengemeinden, für unsfähig, Staatsämter zu bekleiden, auch wurde ihnen verboten, sich vor Gericht ihr Recht zu holen. Dazu kamen noch die blutigsten Verfolgungen, und doch war die Bewegung nicht aufzuhalten. Die Religion des Kreuzes breitete sich so aus, daß bald ein römischer Kaiser es für zweckmäßig hielt, das Christentum als Staatsreligion zu proklamieren.

Und wie wars, als vor nahezu 400 Jahren die geduldeten deutschen Bauern aufstanden, um sich die Freiheit zu erkämpfen. Da tief selbst Luther, der noch wenige Jahre vorher vom Papst als Rebell verurteilt worden war, nach blutigen Unterdrückungsmaßregeln. „Man soll sie zerschmettern, würgen und stechen, heimlich und öffentlich, wer da kann, wie man einen tollen Hund totschlagen muß! Lasset nur die Büchsen unter sie sausen!“ In dieser Weise hat Luther die herrschenden Klassen aufgefordert, gegen die für Freiheit und Recht streitenden Bauern vorzugehen. Und die Fürsten haben den Rat des frommen Mannes getreulich befolgt. Auch die Zensur wurde damals schon gehandhabt. Thomas Münzer, der Führer der Bauern und Plebejer, ließ eine Predigt drucken, in der es hieß:

Die Grundsuppe des Wuchers, der Dieberei und Räuberei seien die Fürsten und Herren; sie nehmen alle Kreaturen zum Eigentum: die Fische im Wasser, die Vögel in der Luft, das Gewächs auf Erden. Und dann predigen sie noch gar den Armen das Gebot: „Du sollst nicht stehlen!“ Sie selber aber nehmen, wo sie finden, schinden und schaben den Bauer und den Handwerker; wo aber dieser am Allgeringsten sich vergreife, so müsse er hängen. Und zu dem allen sage dann der Doktor Lügen (Luther): Amen!

Diese Predigt wurde konfisziert. Münzer aber wies man aus dem Lande. Die Bewegung wuchs indessen weiter und es kam schließlich zum einem gewaltigen Aufstande.

Vor der großen englischen Revolution im siebzehnten Jahrhundert versuchte man auch die Opposition zu unterdrücken. Der König ließ Parlamentsmitglieder verhaften, das Parlament wiederholt auflösen, auf ungesetzliche Weise Föle erheben, eine Zwangsanleihe im großen Stille aus schreiben und von allen Kanzeln der Staatskirche erklären, daß es Pflicht der Christenmenschen sei, ihr Geld herzugeben. Bei einer späteren Auflösung des Parlaments wurden die „Hauptteilnehmer der Rebellion“ verhaftet und von willigen Richtern zur Einkerkelung bis zur Unterwerfung und Zahlung hoher Geldstrafen verurteilt. Das eine Opfer starb sogar im Gefängnis. Die grausamen Verfolgungen mehrten sich. Oppositionelle Flugblätter wurden als „schändlich“ bezeichnet. Ihre Verbreiter wurden an den Pranger gestellt und blutig gepeinigt. Daneben versuchte es der König auch mit dem Staatsstreich, doch nichts half. Die Revolution war nicht aufzuhalten und der König von Gottes Gnaden, das Instrument des Himmels, mußte den Gang zum Schafott antreten.

Vor der großen französischen Revolution ist ebenfalls die Opposition mit allen Mitteln bekämpft worden. Die Despotie herrschte, wer der Reaktion nicht genehm war, wurde einfach ins Gefängnis gesteckt oder ausgewiesen. Selbst ein Mann wie Rousseau wurde verbannt; seine Schriften verbrannte man auf einem öffentlichen Plage. Der erste Angriff des Volkes wurde bekanntlich auf die Bastille unternommen, die als Gefängnis für politische

Gefangene diente und daher der Bevölkerung besonders verhaßt war. Noch wenige Monate vor Ausbruch der Revolution veruchte sich die Reaktion dadurch zu retten, daß sie das Erscheinen oppositioneller Zeitungen verböt. Selbst das Blatt Mirabeaus wurde unterdrückt. Als man aber sah, daß man damit das Volk nur noch mehr reizte, gestattete der König den periodisch erscheinenden Blättern die Veröffentlichung von Berichten über die Verhandlungen der Reichsstände — jedoch ohne Kommentar. Doch daran hielt man sich nicht. Einige Jahre später fiel der Kopf dieses Königs auch auf dem Blutgerüst.

In Preußen versuchte man vor 1848 ebenfalls die freiheitlichen Bewegungen zu unterdrücken. Selbst das Streben nach „Deutschlands Einheit und Freiheit“ galt als staatsgefährlich und die Freiheitskämpfer wurden in der schmachvollsten Weise drangsalirt. Fürchtbare Strafen wurden verhängt. Wir erinnern daran, daß der Dichter Friz Reuter, dessen hundertjähriger Geburtstag in der nächsten Woche gefeiert werden wird, zum Tode verurteilt und zu 30 Jahre n Festung — „begrnadigt“ wurde. Andere Freiheitskämpfer sind zum Kade verurteilt und zu lebenslänglicher Festungsstrafe „begrnadigt“ worden. Wer sich nicht einkerkern lassen wollte, mußte ins Ausland. Die besten Köpfe haben in der Fremde weilen müssen, Zeitungen, die dem Absolutismus nicht genehm waren, wurden unterdrückt. Johann Jacoby, der Verfasser der Vier Fragen, beantwortet von einem Offpreußen, wurde wegen Majestätsbeleidigung angeklagt und in zwei Instanzen zu 2½ Jahren Festung verurteilt. Erst in der letzten Instanz sprach man Jacoby frei. Der König war über dieses Urteil so aufgebracht, daß er den Vorsitzenden des Gerichtshofes aus dem Amte schickte. Alle Unterdrückungs- und Maßregelungsversuche konnten aber die Revolution und ihren Sieg über den Absolutismus nicht verhindern.

In Rußland hat man — vor der Revolution — jahrzehntelang auf das grausamste gegen die Freiheitskämpfer gewütel. Im Staatsgefängnis von Schlüsselburg, in Sibirien sind Tausende dahingemordet worden. Es gab kein Versammlungs-, kein Koalitionsrecht, keine Pressefreiheit, und doch erschlitterte vor einigen Jahren eine gewaltige Revolution ganz Rußland und brachte den Thron des Zaren ins Wanken.

In der Türkei wurden vor der Revolution die Jungtürken ebenfalls verfolgt; ihre Führer mußten im Auslande leben und von hier die Bewegung einleiten. Das alte System konnte sich trotzdem nicht halten. Abdül Hamid mußte in die Verbannung. Und kürzlich haben wir erfahren, daß man in Portugal alle Mittel angewandt hatte, um die Stimme des Volkes zu unterdrücken. Es bestand ein Ausnahmegesetz gegen die Presse, die Journalisten mußten ins Exil. Geheime Gesellschaften mußten gegründet werden. Täglich fanden Hausdurchsuchungen statt, Bürger wurden verhaftet, die Gerichtshöfe gingen mit äußerster Strenge gegen die „Umstürzler“ vor, und der Erfolg? Das Königtum von Gottes Gnaden ist zertrümmert worden, der König und seine Sippe mußten froh sein, daß man sie entweichen ließ. Mit Unterdrückungsmaßregeln läßt sich also auf die Dauer nicht regieren. Ausrotten kann man das Proletariat auch nicht, da ohne die Arbeiterklasse der Kapitalismus unmöglich existieren kann. Abirgens haben ja in Deutschland zwölf Jahre lang Ausnahmegeetze gegen die moderne Arbeiterbewegung bestanden. Die bürgerliche Gesellschaft war mit dem Erfolge wenig zufrieden. Im Jahre 1878, als das Sozialistengesetz in Kraft trat, wurden 457 158 Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben. 1890, als das Ausnahmegesetz zwölf Jahre hindurch in der rigorosesten Weise gehandhabt worden war, brachte es die Sozialdemokratie auf 1 427 298 Stimmen. Unter dem Schandregiment hatte die Sozialdemokratie eine Million Anhänger gewonnen. Heute ist die Arbeiterbewegung ganz anders erstarkt. Und wenn die Oldenburg und Konsorten kommen, so wird die Arbeiterklasse den Gang mit ihnen aufnehmen. Die organisierte Arbeiterschaft ist davon durchdrungen, daß das Recht auf ihrer Seite ist und daß der Sieg des Sozialismus kommen muß. Die herrschenden Klassen gehen dem Untergang entgegen, sie bekunden täglich, daß ihnen die Situation immer unbehaglicher wird. Sie werden versuchen, einst alles auf eine Karte zu setzen. Die Arbeiterklasse wird unterdessen weiter rüsten.

Ein Notschrei der Scharsmacher.

Das Berliner Scharsmacherblatt „Neueste Nachrichten“ bringt in Nr. 554 vom 31. Oktober seinen Leitartikel „An den Reichskanzler“ überschrieben, in dem gleich eine ganze Sammlung von Ausnahmegeetzen gegen die Sozialdemokratie verlangt wird. Der Artikel beginnt mit einer Polemik gegen Bethmann-Hollweg; der in keinem in der „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlichten

Programm den Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht scharf genug betont habe:

Es vertritt sich nicht mit der Verantwortlichkeit des leitenden Staatsmannes, den Bazillus dieser Verhehung sich ungestört weiter auszubreiten zu lassen, um dann lediglich gegen die Folgen die Mittel der Staatsgewalt einzusetzen — diese „Bekämpfung“ der Sozialdemokratie war die der Reichskanzlerschaft des Fürsten Bülow, und wir sehen jetzt ja mit erschreckender Deutlichkeit, wohin wir auf diesem Wege gekommen sind. Herr von Bethmann-Hollweg wird von Worten zu Taten übergehen müssen, er wird vor allem das Obium einer aktiven Bekämpfung der Sozialdemokratie auf sich selber nehmen müssen und es nicht, wie der Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ es anscheinend tut, auf die bürgerlichen Parteien abwälzen dürfen.

Wenn man nun fragt, was denn geschehen solle, so kann es selbstverständlich nicht Aufgabe der Presse sein, ein ganzes System von Maßnahmen vorzuschlagen, gewissermaßen selbst einen Gesetzentwurf vorzulegen. Wohl aber können wir auf die Mängel hinweisen, deren Abstellung unbedingt erforderlich erscheint. Und da möchten wir es in erster Linie als notwendig bezeichnen, daß der sozialdemokratische Terrorismus gebrochen wird. Es vertritt sich nicht mit den Anforderungen eines geordneten Staatswesens, daß das Aufsuchen der Arbeit nach freiem Ermessen, ja selbst das Kaufen nach freiem Ermessen mit Gefahren für Leib und Leben verknüpft ist. Um diese Freiheit unter allen Umständen zu sichern, muß man, wenn nötig, stufenweise bis zu den schwersten Strafen vordringen. Denn hier handelt es sich einfach um eine Machtprobe: Wer stärker ist, die Staatsgewalt, oder das von der Sozialdemokratie tergeleitete Klasseninteresse? In der Hand des englischen Rechts sollte man darüber nachdenken, in welcher Weise die Arbeiterorganisationen, seien es Gewerkschaften oder sozialdemokratische Vereine, mit ihren erheblichen Mitteln zum Schaden der Arbeiter heranzuziehen seien für Unternehmer, die durch Kontraktbruch, oder durch Fernhaltung Arbeitswilliger, für Arbeitswillige, die durch gewalttätige Abhaltung von der Arbeit, oder für Geschäftsleute, die durch Verhängung des Berufs geschädigt sind.

Schließlich wird man die Erfahrungen, die mit dem alten Sozialistengesetz gemacht worden sind, darauf nachprüfen haben, welche seiner Bestimmungen sich als nützlich und wirksam erwiesen haben. Es ist eine seiner Oberflächlichkeiten, an denen unsere Tageschriftsteller reich ist, daß jenes Gesetz „fiasco“ gemacht habe. Fiasco gemacht hat nicht das Sozialistengesetz, sondern der Kampf mit „geistigen Waffen“, den man bei seinem Erlöschen siegesgewiß verkündete. Weder die wissenschaftlichen Auseinandersetzungen der Professoren, noch die glänzenden Reden der Minister, haben der Sozialdemokratie etwas anhaben können. Machtkämpfe können eben nicht mit Worten ausgefochten werden. Und ein Machtkampf ist der Kampf der sozialdemokratischen Partei gegen die bestehende Staatsgewalt.

Erstaunlich ist nur, daß die Staatsgewalt sich in diesem Kampfe nicht aller Mittel bedient. Gewiß, ihre Rüstung ist zurzeit lächerhaft und sie zu verurteilen, halten wir für die Pflicht derer, die die Verantwortung tragen. Aber es wäre schon um vieles besser, wenn man die Waffen, die auch jetzt schon zur Verfügung stehen, wirklich zur Anwendung brächte. Namentlich gegen die Verhehung in Wort und Schrift ließe sich manches tun, wenn jeder Fall, in dem das Recht verletzt wird, auch vor den Richter gebracht würde. Es fragt sich auch, ob die Überwachung der sozialdemokratischen Presse zweckmäßig organisiert ist. Nützlichfalls scheint uns, müßte diese Überwachungsstelle von sich aus die Initiative zur Ergänzung des Strafrechts ergreifen, wenn das geltende die berufenen Anwälte der Staatsgewalt dennoch im Stich lassen sollte.

Der Notschrei der „Berliner Neuesten Nachrichten“ bedeutet eine völlige Bankrotterklärung der bürgerlichen Parteien und der Regierung gegenüber der Sozialdemokratie. Man ist nicht imstande, weder der berechtigten Kritik der Sozialdemokratie entgegenzutreten, noch ihren Forderungen gerecht zu werden und so führt kein anderer Weg aus diesem Dilemma, als die brutale Gewalt. Erdrosselung der Gewerkschaften, Erdrosselung der politischen Partei, Ausnahmegeetze gegen die ganze Arbeiterschaft, das ist der einzige Ausweg, den die Leute noch sehen. Aber auch der ist nicht mehr gangbar, die Arbeiterbewegung kann heute nicht mehr erwürgt werden und jeder Versuch muß denjenigen zum Verderben werden, die ihn unternehmen.

Politische Rundschau

Deutschland.

Die Regierung als konservativer Wahlhelfer. Der Heftartikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ gegen den Hanabund wird gegenwärtig der unter konservativem Einfluß stehenden Presse in Ostpreußen als Flugblatt beigelegt. Die Überschrift lautet: „Die Regierung gegen den Hanabund“. In dem Flugblatt wird

darauf hingewiesen, daß der Regierung die Agitationsweise des Hansabundes zu bunt geworden sei. Der Hansabund wird auf eine Linie gestellt mit den staatsfeindlichen Parteien und die Handwerker, Gewerbetreibenden und Kaufleute werden aufgefordert, sich angesichts dessen den rechtsstehenden Parteien anzuschließen. Das Flugblatt liegt auch den amtlichen Kreisblättern bei, die bekanntlich völlig unter dem Einfluß der Landräte stehen und es unterlegt wohl keinem Zweifel, daß man es hier mit dem Beginn einer amtlichen Wahlbeeinflussung großen Stils zu tun hat.

Jannschauerliches.

Im Reich des Jannschauers gärt es. Die Liberalen geben sich alle Mühe, ihn aus dem Sattel zu heben, von unseren Parteigenossen versteht sich das von selbst, und nun fangen sogar die städtischen Konservativen an, gegen ihn die Fahne der Rebellion zu erheben. Der Hauptverein der Konservativen in Berlin hatte beim Konservativen Verein in Elbing angefragt, ob er nicht eine Ansprache der städtischen Wähler mit Herrn v. Oldenburg herbeiführen wolle. Der Verein lehnte es ab und begründete das wie folgt:

Der Verein hat von vornherein kein Fehl daraus gemacht, daß er in dem Auftritte des Bundes der Landwirte mit seinem rücksichtslos eigennütigen demagogischen Charakter eine Gefahr für die konservative Partei erblickt. Was mir beifriedet haben, hat sich leider erfüllt. Den Anschluß an die neukonservative Richtung, die ihre einzige Aufgabe darin erblickt, dem Bunde der Landwirte dienlich zu sein, lehnt der konservative Verein in Elbing ab. Er lehnt es deshalb auch ab, in der Wahlagitiation für einen Kandidaten tätig zu sein, der dem Bunde der Landwirte angehört. Er hält es vielmehr für seine Pflicht, einen Kandidaten dieses Bundes, der als Mitglied Angehöriger aller Parteien auftritt, um der konservativen Grundsätze willen und im Interesse des inneren Friedens zu bekämpfen. Der konservative Verein wirkt deshalb mit an der Sammlung aller national gesinnten Elemente im Wahlkreise zum Kampfe gegen das Demagogentum des Bundes der Landwirte und der Sozialdemokratie.

Die „Deutsche Tageszeitung“ meint dazu, daß der konservative Hauptverein aus diesem Verhalten der Elbinger Konservativen die nötigen Konsequenzen zu ziehen habe. Also, wer sich nicht fügt, der fliegt!

Eine Feste gegen das Reichstagswahlrecht

unternimmt der pfälzische „Reichsbote“ aus Anlaß der Polizeitalen auf dem Wedding. Das Pfaffenblatt weist darauf hin, wie ungerecht es sei, wenn Zuhälter, Messerhelden, Paternenzzerstörer und Topfwerfer sich des gleichen Wahlrechts erfreuen, wie der deutsche Reichskanzler und jeder Minister. Dann wird weiter ausgeführt:

Die Beseitigung der gleichen Wahl für den Reichstag liegt heute Millionen auf den Lippen, und wo man aus staatsmännischen Erwägungen von einem solchen Mittel abträt, kann man wenigstens mit bestem Recht von uns wiederholt gedachten Verfassungsergänzung zustimmen; bei welcher unter Beibehaltung des bestehenden Reichstagswahlrechts doch jedem Mißbrauch derselben für umfängliche Zwecke im voraus der Boden entzogen ist.

Dieser letztere Vorschlag gipfelte in dem Verlangen, daß Stimmen, die für die Sozialdemokratie abgegeben werden, für ungültig erklärt werden sollen. Der Gedanke ist natürlich so absurd, daß jede ernste Auseinandersetzung für überflüssig anzusehen ist. Aber es verdient immerhin festgenagelt zu werden, daß an der Spitze der Wahlrechtsfeinde das bekannte orthodoxe Blatt steht.

Der Schmerz des Reichsverbandsgenerals.

Der Kommandeur des Reichsverbandes, von Liebert, veröffentlicht in der „Post“ folgenden Schmerzensschrei:

„Vor einiger Zeit wurde ich vom Ausschuß der Hallischen Freien Studentenschaft aufgefordert, meine Ansichten über „Student und Politik“ für ein studentisches Taschenbuch zu äußern. Ich entsprach dem Wunsche und erhielt dieser Tage das betreffende Taschenbuch zugesandt. Da finde ich unter dem Namen hervorragender Postulater (Braf Wosadowsky, von Gendeband, Müller-Weinigen u. a.) auch die Äußerung des Herrn August Bebel über das fragliche Thema. Ich zweifle natürlich die politische Bedeutung des genannten Herrn durchaus nicht an; aber es erregt mich sehr merkwürdiges Erstaunen, daß die deutsche akademische Jugend sich bei dem Führer der faktisch bekannten politischen Umgruppierten Partei und geistige Anregung holt. Wenn die schillernde deutsche Jugend so weit vorwärts geschritten ist, dann müssen wir Alten, die Krieger von 1870/71, die wir das Deutsche Reich geschaffen haben, bekennen: Unsere Ideale sind zertreten, wir haben umsonst gekämpft und gebüht, und wir sehen für „unser Volk“ einer verderblichen Zukunft entgegen.“

An Mangel an Selbstüberhebung hat dieser oberste Reichsverbandler nie gelitten, daß er sich aber zu denen rechnet, die das Deutsche Reich geschaffen haben, das ist entschieden etwas viel. Vermutlich werden jetzt die Reichsverbandes-Konten gegen die Freie Studentenschaft in Halle mobil gemacht.

Sauft entschlämmert

ist namentlich „Das Reich“, das die Aufgabe hatte, die Arbeiter zur „christlich-sozialen“ Bewegung sozialistischer Richtung herüberzuführen. Sauft ruhe seine Asche!

Demokratische Gesinnungstüchtigkeit.

Bei Wilhelm II. Besuch in Brüssel ist natürlich auch der übliche Ordenstregen niedergegangen. Das wäre an sich nichts Besonderes; wenn Gottesgnadenente reifen, pflegt immer einigermassen Spielzeug abzujollen für die, die sich ausdrücken wissen. Diesmal muß aber die Sache verzeichnet werden, weil trotz des angeschwemmten preussischen Willens gegen die „Schwierigkeiten“ einige Journalisten mit reinem Vogelgedacht worden sind. Noch auffällender als das ist aber, daß die deutsche Gesundheitskraft in Brüssel, die die Vorkämpfer zu machen hatte, als Brivat der Korrespondenten der demokratischen „Frankfurter Zeitung“ zugeht. Natürlich hat dieser sich selbst als den wichtigsten Repräsentanten der Presse auf die Lippe gesetzt und prompt kann ihn das wie Vogelchen an die

mentwegte Demokratenbrust gestossen. Außer ihm wurden noch drei belgische Reporter und ein Verleger mit dem preussischen Orden bedacht.

Die kleine Ordensgeschichte zeigt, aus welchen Gründen die bürgerliche Presse, auch die demokratische, von so viel Volksbegeisterung bei Fürstentreffen zu berichten weiß.

Vom Wahlkampf in Labiau-Westlau.

Die Konservativen und Freisinnigen halten fast jeden Tag zwei Wählerversammlungen in verschiedenen ländlichen Ortschaften ab. Dem Sozialdemokraten steht dagegen nicht ein einziges Versammlungsort zur Verfügung; doch stellen uns einzelne kleinere Besitzer bereitwillig ihre Grundstücke zur Verfügung. Bis jetzt haben aber Amtsvorsteher und Landrat jede von sozialdemokratischer Seite einberufene Versammlung zu verhindern gewußt. Trotzdem das Obergericht am 26. April dieses Jahres auf eine Klage des Genossen Linde entschieden hat, daß die Versagung der Genehmigung einer Versammlung unter freiem Himmel im Dorfe Sch. des Kreises Labiau aus dem vom Amtsvorsteher, Landrat und Regierungspräsidenten angeführten Gründen zu Unrecht erfolgt sei, ist jetzt wieder die Genehmigung zu einer Wählerversammlung auf demselben Grundstück unter Angabe derselben Gründe verweigert worden. Die Beschwerde liegt jetzt beim Minister.

Ein anderer Fall.

Am 20. Oktober erklärte ein Besitzer aus dem Dorfe Kelladen schriftlich, dem Wahlkomitee jederzeit sein Grundstück zur Abhaltung von sozialdemokratischen Wählerversammlungen zur Verfügung stellen zu wollen. Genosse Linde suchte darauf bei dem zuständigen Amtsvorsteher die Genehmigung nach, die er auch durch Schreiben des Amtsvorstehers erhielt. Aber schon am Tage darauf, am 26. Oktober, zog derselbe Amtsvorsteher in einem eingeschriebenen Briefe diese Genehmigung ohne Angabe von Gründen zurück. Von Linde persönlich nach den Gründen befragt, erklärte er, der Besitzer in Kelladen hätte seine Zusage zurückgezogen. Außerdem hätte auch die Aufsichtsbehörde allerlei Bedenken. Linde begab sich nun sofort zu dem betreffenden Besitzer und erfuhr dort über den Sachverhalt folgendes:

Am 27. Oktober vormittags, also am Tage nach dem Abgeben des Briefes des Amtsvorstehers, in dem die Genehmigung zurückgezogen wurde, erschien der Amtsvorsteher und sein Gendarm auf dem Hofe des Besitzers in Kelladen und revidierte zunächst den Brunnen, der als reparaturbedürftig besunden wurde. Dann wurden sehr genau die Grenzen des Grundstücks besichtigt und die Grenztrachbarn festgestellt. Darauf erklärte der Amtsvorsteher, der große geräumige Hof eigne sich wegen der in der Nähe befindlichen strohgedeckten Häuser nicht zur Abhaltung einer Versammlung. Als darauf erwidert wurde, dann könne ja die Versammlung auf dem freien Acker abgehalten werden, erkundigte sich die Herren genau, wo der sich im Walde befindende Besitzer anzutreffen sei. Das Resultat des Zusammenstehens zwischen Amtsvorsteher, Amtsdienner und Gendarm, im Walde erfuhr Genosse Linde am anderen Morgen durch folgende eingeschriebene Karte:

Kelladen, den 27. 10. 10.

Einschreiben.

An Parteisekretär Herrn Hermann Linde, Königsberg. Ich teile Ihnen hierdurch ergebenst mit, daß ich zu der von Ihnen am 30. d. Mts. auf meinem Grundstück beabsichtigten Abhaltung einer öffentlichen Versammlung nicht meine Erlaubnis erteile. Ergebenst

Hildebrandt.

Wie jeder schon durch einen flüchtigen Vergleich der Briefe des Amtsvorstehers mit der Handschrift auf der Karte feststellen kann, ist diese Karte vom Amtsvorsteher Schenschonka aus Laukischken geschrieben. Der Besitzer hat nur seinen Namen darunter gekritzelt.

Drogisten und Reichsversicherungsordnung.

Die als Drogisten tätigen Apotheker haben der Reichsversicherungskommission eine Petition zugehen lassen, in welcher sie gegen die Monopolstellung protestieren, die künftig den Apothekern eingeräumt werden soll. Der Andrang zum Apothekerberuf ist derart stark, daß ein großer Teil der Apotheker nach bestandener Prüfung genötigt ist, sich dem Drogistenberuf zuzuwenden. Die Drogisten sind bisher stets bestrebt gewesen, den Rassenmitgliedern vollwertige Medikamente zu liefern, und sie befürchten eine schwere Einbuße, wenn die Bestimmungen im Entwurf der Reichsversicherungsordnung Gesetz werden sollten.

Die Bergherren gegen direkte Staatssteuern!

Die Feindschaft der mit dem Sunkertum verbündeten schweren Industrie gegen die Einführung direkter Reichssteuern ist nicht neu. Aber bisher wurde sie doch noch mit dem Vorrecht der Staaten auf direkte Steuern begründet. Der Verein für die bergbauischen Interessen Lothringens ist offener zuziger. In einer Resolution zur elfaß-lothringischen Steuerreform behauptet sein Vorstand, daß „die geplante Aufbringung des ganzen für das Jahr 1913 auf 6550000 Mk. berechneten Mehrbedarfs durch direkte Steuern, also fast ausschließlich durch die besitzende Klasse, das schon jetzt bestehende Mißverhältnis zwischen den Leistungen dieser Klasse und ihren politischen Rechten noch erheblich verstärken würde, wenn die Verfassungsreform nicht für einen entsprechenden Ausgleich Sorge.“ Das heißt in klarem Deutsch: „Wenn Ihr noch mehr an direkten Steuern von uns haben wollt, verlangen wir eine Bevorzugung bei der Verfassungsreform. Jedenfalls denken die Herren an das Mehrstimmrecht für die Zweite Kammer und an eine beherrschende Stellung im Oberhaus, dessen Errichtung sie ja auch wünschen!“

Im übrigen erhebt die Resolution Einspruch gegen jede Erhöhung der Zuschläge zur Bergwerkssteuer, gegen die Beibehaltung der Zuschläge zur Bergwerkssteuer und der Förderabgabe, sowie allgemein gegen den Begriff der „Ertragsfähigkeit“, der dem ganzen elfaß-lothringischen Steuersystem zugrunde liegt. Dieser letzte Einwand ist berechtigt; auch wir wollen an die Stelle der Ertragsfähigkeit den wirklichen Ertrag gesetzt haben. Deshalb verlangen wir die Befreiung des Einkommens und des Vermögens.

Kamarillawirtschaft im Musterlande.

Die „Braunschweigische Landeszeitung“ berichtet über die preussischen Einflüsse, die sich in Baden geltend machen, das folgende:

Herr von Bodman hat sich gewendet unter dem Druck, der von oben her auf ihn ausgeübt wurde. Weniger vom Großherzog von Baden, als von seiner Mutter, der Großherzoginwitwe Luise, die sich trotz ihres hohen Alters nicht ausschließlich um ihre humanitären Einrichtungen, sondern auch sehr lebhaft um die Politik kümmert. Dem Zentrum insbesondere hat diese preussische Prinzessin immer die Hand gereicht. In Berlin weiß man auch ganz genau, daß der Weg zur badischen Regierung nicht über Großherzog Friedrich, sondern über seiner Mutter Schreibtisch führt, und Eingeweihte merken in Baden bald, woher der Wind weht, wenn die badische Regierungskreise sich bemühen, der preussisch-deutschen Reichsregierung gegenüber sich gefällig zu erweisen.

Auch Kaiser Wilhelm kennt diesen Weg und ist ihn schon wiederholt gegangen. Am nur einige Beispiele zu nennen, erinnern wir an den Widerstand, den die badische Regierung dem Falllassen des Erbschaftssteuerergesetzes in der Reichsfinanzreform entgegensetzte. Wilhelm II. wollte damals zur entscheidenden Stunde in Karlsruhe und es ist nicht unbekannt geblieben, daß er anlässlich einer Spazierfahrt im Schloßpark mit der Großherzoginwitwe Luise unter vier Augen mit ihr dieses Thema erörterte. Bald darauf war auch der Widerstand des verstorbenen Finanzministers Dr. Honser in dieser Frage gebrochen. Auch in der Frage der Schiffahrtsabgaben hat die badische Regierung von dem Tage an ihre Oppositionsstellung verlassen müssen, wo Preußen der Großherzogin Luise zu verstehen gab, daß ihm an dem Zustandekommen dieses Gesetzes unendlich viel gelegen sei, weil es zu seinem Vorteil die süddeutsche Industrie mit unerschwinglichen Abgaben belaste. Dieser preussische Einfluß auf Baden macht sich auf allen Gebieten bemerkbar und tritt jetzt in der Politik wieder ganz klar zutage.

Diese Enthüllungen sind sicher sehr interessant und der Einfluß der Großherzogin-Mutter beweist jedenfalls, daß es im demokratischen Musterlande noch sehr an wirklicher Demokratie mangelt. Diese höfischen Einflüsse zeigen zugleich, wie richtig es ist, statt an monarchischen Loyalitätsbezeugungen teilzunehmen, im Volke die Erkenntnis über die von monarchischen Institutionen unentzerrbaren Schäden unverantwortlicher Einflüsse wach zu halten. Das kann natürlich nur durch prinzipielle republikanische Erörterungen geschehen, für die das Interesse um so lebhafter sein wird, je weniger der Gegensatz zwischen Monarchie und Demokratie durch listig sein sollende taktische Schachzüge verbunkelt wird.

Besonders interessant ist übrigens auch, daß Wilhelm II. selbst sich für das Falllassen der Erbschaftssteuer eingesetzt hat. Bekanntlich hat dies den Sturz Bülow und den Herrschaftsantritt des Schwarzblassen Blocks zur unmittelbaren Folge gehabt. Wilhelms II. Stellung gegen Bülow und für die Schwarzblassen ist ja ein offenes Geheimnis, es ist aber bisher noch nicht ausgesprochen worden, daß er an der Herbeiführung dieser neuen Ära so aktiven Anteil gehabt hat.

Liberaler Kompromiß in Württemberg.

Zwischen der Fortschrittlichen Volkspartei und den Nationalliberalen in Württemberg ist eine Übereinstimmung über die Verteilung der Wahlkreise ziemlich sicher in Aussicht. Das einzige Hindernis bildet anscheinend noch der Abg. Hauptmann, der vor wenigen Tagen noch die Nationalliberalen derart angriff, daß diese erklärten, ihn nur noch unterstützen zu können, wenn er seine Angriffe gegen die Nationalliberalen einstelle. Dabei sind Demokraten und Nationalliberale bisher in Württemberg überaus scharfe Gegner gewesen. Mit dem Anschluß an die Fortschrittliche Volkspartei scheinen die Demokraten den Rest politischen Ansehens, den sie bisher noch genossen, völlig aufgegeben zu haben.

Osterreich-Ungarn.

Drohender Generalfreik? Aus Prag meldet der „Hbg. Korresp.“: Der Kongreß der Gewerkschaften der tschechisch-slavischen Sozialdemokratie, der gestern hier abgehalten wurde, beschloß, mit den übrigen Gewerkschaften sich ins Einvernehmen zu setzen, um einen eintägigen Generalfreik vor der Eröffnung des Parlaments zu veranstalten, als Demonstration gegen die Teuerung und für die Abschaffung der Lebensmittelzölle. Ein Vertreter der Organisation der Eisenbahner erklärte, die Eisenbahner seien bereit, den Generalfreik durch passive Resistenz zu unterstützen.

Frankreich.

Diktator Briand fählt sich! Das „Echo de Paris“ verzeichnet neuerdings das Gerücht, Ministerpräsident Briand beabsichtige, gestützt auf die durch das Veritaatsnotum der Kammer ihm verliehene Autorität, das Ministerium umzugestalten. Außer Ruan und Viviani würde auch der Kriegsminister aus dem Kabinett ausscheiden und durch den radikalen Deputierten Ranaud ersetzt werden, der in der Sitzung der Kammer am Sonntag so wirkungsvoll für die Regierung eingetreten sei. Ferner werde von der Möglichkeit gesprochen, daß auch der Finanzminister und der Unterrichtsminister ihre Entlassung geben werden. — Briand will sich also mit Ministern umgeben, die von vornherein jedes Selbstgeföhls beraubt und sich lediglich als Handlanger des Diktators betrachten.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 2. November.

Der Bürgerausschuß befürwortete resp. genehmigte in seiner heutigen Sitzung folgende Anträge des Senats: 1. Eröffnung eines Stalles bei der Quarantäneanstalt. 2. Anstellung eines Badekommissars für Travemünde. 3. Eröffnung eines Sportplatzes auf dem Leuchtenfelde in Travemünde. 4. Instandsetzung des alten Güterabfertigungsbauwerks. 5. Zulassung der Abiturienten von Oberrealschulen zur ersten juristischen Prüfung. Der Senatsantrag auf Neuordnung des Armenwesens wurde vertagt.

Für die Bewegung der Röhrenarbeiter und Steinbrücker. Am Sonntag, dem 30. Oktober, tagte im Gewerks-

Die Rabbodkatastrophe vor Gericht.

Der Rabbodprozess gegen die „Bergarbeiter-Zeitung“, der vom 19.—28. Oktober vor der Strafkammer in Bochum verhandelt wurde, hat mit einer schweren moralischen Niederlage des kapitalistischen Systems rücksichtsloser Profitmacherei geendet. Formell ist zwar der Redakteur Wagner wieder zu 300 Mk. Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt; moralisch gerichtet ist jedoch das System.

Draußen ist das Urteil gesprochen. Für das hier zu fallende Urteil hat der Angeklagte die Unterlage geschaffen. Dafür gebührt ihm Dank und keine Bestrafung!

So schloß der Verteidiger Seine seine 3½stündige, von außerordentlicher Sachkenntnis getragene Rede.

Nun ist doch gekommen, wogegen man sich bis dahin mit Händen und Füßen sträubte. Über die Ursachen der Massenkatastrophe auf Rabbod wurde gerichtlicher Beweis erhoben. Aus Angst vor der Sozialdemokratie oder wie sich Direktor Meyer vor einigen Jahren ausdrückte — vor den roten Hölleunden — ist bisher alles vertuscht worden. Auch nach der Rabbod-Katastrophe trat das Bestreben in Erscheinung. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ hatte ein großes Anlagematerial gegen Rabbod zusammengetragen. Aber Anklagen folgten wegen all dieser Artikel nicht, sie hätten ja eine Aufrollung des Dramas vor Gericht zur Folge gehabt und dem wollte man aus dem Wege gehen. An der untergeordneten Erzählung, daß ein Bergarbeiter dieses Zwiegespräch mit angehört habe!

Bergwerksbeamter Hollender: Hier sind noch Lebende, was ist zu tun? Direktor Andre: Was lebt, das lebt, wir müssen heraus!

hatte man sich fest; man glaubte mit einer Klage hiergegen einer Beweisführung aus dem Wege gehen und eine Verurteilung wegen formaler Beleidigung ermöglichen zu können. Dann ließ sich sagen: Der Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung“ ist verurteilt, also ist alles, was sie geschrieben hat, unwahr. Dieser Zweck wurde tatsächlich auch in der ersten Verhandlung vom 18. Oktober 1908 erreicht, jede über das behauptete Gespräch hinausgehende Beweisaufnahme wurde abgelehnt und der Redakteur Wagner zu 300 Mk. Geldstrafe verurteilt, da die beiden Bergbeamten beschworen, ein solches Gespräch nicht geführt zu haben. Das Urteil wurde indessen nicht rechtskräftig, die „Bergarbeiter-Zeitung“ erkämpfte sich vor dem Reichsgericht eine erweiterte Beweisführung.

Nun ist die neue Verhandlung vorüber. Die neuntägigen Verhandlungen, zu denen von beiden Parteien über 100 Zeugen und je drei Sachverständige geladen waren, bildeten eine glänzende Rechtfertigung der gegen die Herren von Rabbod erhobenen Angriffe; sie haben ergeben, daß die „Bergarbeiter-Zeitung“ nicht zu viel, eher zu wenig über die Ursachen der Rabbodkatastrophe geschrieben hat. Erwiesen wurde:

1. daß ein fast chronischer Wassermangel, trotz starker Kohlenstaubentwicklung herrschte. Fast alle Zeugen, außer den von der Zeche geladenen bekundeten, daß das Wasser vielfach zum ausreichenden Berieseln des Kohlenstaubes nicht ausreichte.
2. das Vorhandensein und die Bildung vieler Hohlräume in Strecken und Streben, wo sich Schlagwetter anammelten, und das Auftreten starker Schlagwetter. Selbst der Inspektor Hollender sagte, Rabbod ist überall gefährlich, überall treten Schlagwetter auf. Trotzdem war die Kontrolle keine ausreichende: in das Wetterbuch wurde immer eingetragen „alles rein“, trotz der vielen Schlagwetteranmeldungen, ohne daß der Inspektor Hollender das bemerkt hätte. Ein Beweis, daß er das Wetterbuch nicht kontrolliert hat.
3. unzureichende Bewetterung von Aufbrüchen und Überhauen, wodurch dem Anammeln von Schlagwettern Vorschub geleistet wurde, und hohe Temperaturen. Den Beamten wurde das vielfach gemeldet, sie haben sich auch davon überzeugt; es wurde aber in den

meisten Fällen weder Abhilfe geschaffen, noch wurden die vorgeschriebenen Eintragungen in das Wetterbuch gemacht.

4. Schlechte Behandlung und schlimme Abhekeri der Arbeiter, willkürliche Freisetzung und Reduzierung der Gehälter durch die Beamten, widerrechtliche Einbehaltung von verdientem Lohn, Strafverlegungen in schlechtere Arbeiten, Bestrafungen von Arbeitern wegen angeblicher Faulheit ufm.

5. Maßregelungen von unliebsamen Arbeitern, welche bei den Untersuchungen die Wahrheit gesagt hatten und Arbeitern, welche die „Bergarbeiter-Zeitung“ oder die Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ austrugen. Die Bespitzelung organisierter oder unliebsamer Arbeiter scheint ebenfalls recht stark gewesen zu sein, denn selbst in den Verhandlungen wurde gegen verschiedene Zeugen, die zuungunsten der Zeche aussagten, eine Menge ansehnlicher Klatsches vorgebracht.

Alles das und manches andere hatte sich auf Rabbod eingebürgert und so die Unterlage gebildet für die entsetzliche Katastrophe. Man wird sagen, Beamte und Arbeiter haben auch manches getan, was im Interesse der Sicherheit des Betriebes besser unterblieben wäre. Arbeiter und Beamte haben aber in solchen Fällen unter dem Druck eines fluchwürdigen Systems gehandelt, welches die Beamten zwingt, ihr Hauptaugenmerk auf die Kohlenförderung, statt auf die Sicherheit des Betriebes zu richten. Die Wurzel alles Übels ist das Soll- und Prämiensystem und der bestehende Arbeitsvertrag, der nichts anderes ist, wie eine Schraube ohne Ende, um den Arbeiter zu immer höherer Leistung anzutreiben.

Das Gebilde wird dekretiert sagten die Sachverständigen Werner, Mantel und Hansmann. Der Arbeiter hat auf die Gestalt seiner Lohn- und Arbeitsbedingungen also kein Mitbestimmungs- und Beschwerderecht. Allerdings kann er sich über die Maßnahmen beim Betriebsführer oder Direktor beschweren; das heißt aber den Teufel bei seiner Großmutter verlagen. Das Verfahren vor dem Berggewerbegericht ist ein derartiges, daß der Arbeiter in den wenigsten Fällen zu seinem Rechte kommen kann. Die Zechen haben dort einen Generalbevollmächtigten, der alle Klagen vertritt, der sich infolge seiner umfassenden Praxis eine große Routine angeeignet hat; der Arbeiter muß seine Sache selbst vertreten, Verwaltungsbeamte und Arbeiterssekretäre werden nicht zugelassen. Der Arbeiter wird von dem viel gemäanderten Werkvertreter mit Redensarten förmlich zugedeckt, zudem tritt der Beamte, mit dem der Arbeiter in Differenzen geraten ist, als Zeuge gegen ihn auf und dessen Zeugnis ist gewöhnlich entscheidend. Das alles wurde im Rabbodprozess erörtert und es hat sich mit aller Schärfe gezeigt, daß die Bergarbeiter vielmehr als bisher die Lohnfrage im Auge behalten müssen. Die Lohnfrage hängt mit der Frage der Unfallversicherung sehr eng zusammen, sie ist davon nicht zu trennen.

Die Verhandlungen waren überaus reich an aufregenden Momenten. Große Bewegung rief es hervor, als der junge Thomas am zweiten Verhandlungstage mitteilte, daß er und seine Kameraden nach ihrer eidlischen Vernehmung, wo sie wahrheitsgemäß ausgefragt hätten,

von der Zeche aufs Straßpflaster geworfen worden seien. Verschiedene Beamte hätten ihnen nach ihrer Vernehmung gesagt: „aber Thomas, das hätten sie auch nicht zu sagen brauchen“.

Die Bewegung steigerte sich noch, als der Verteidiger Seine hinzufügte:

„Und nach dieser eidlischen Aussage, begannen sofort die Versuche, den Zeugen meineidig zu machen.“

Berechtigtes Aufsehen muß auch die Feststellung machen, daß Weiterlicher entweder nicht geführt werden oder die stereotype Eintragung enthalten „alles rein“. Noch vier Tage vor der Katastrophe ereignete sich gewissermaßen als Warnung eine Schlagwetterexplosion; im Wetterbuch aber stand auch an diesem Tage „alles rein“.

Der Minister von Delbrück hatte angeordnet, daß die Bergungsarbeiten auf Rabbod auch von Arbeitervertretern überwacht werden sollen.

Alle Bemühungen des hierzu delegierten Knappschaftsältesten Dehler, die notwendige Legitimation von der Bergbehörde zu erlangen, blieben erfolglos. Den Bergwerksbesitzern ist es ganz egal, was ein Minister, was die Aufsichtsbehörde will. Und der Vorstand des Knappschaftsvereins, einer Arbeiterwohlfahrtskasse, verzichtet auf ein Recht, dessen Ausübung vom Minister angetragen war. Verzichtet darauf im Interesse der Zechenbesitzer!

Bergebens suchten die Sachverständigen Hollender und Oberbergamt Kalkthener nach Gründen, um dieses System zu rechtfertigen. Beide mollen die Ursachen der Katastrophe in einer reinen Schlagwetterexplosion sehen, welche durch plötzlichen starken Gasausbruch entstand. Ganz anders die Gutachten der Sachverständigen Werner, Mantel und Hansmann! Danach sind die Ursachen: Zur Gewohnheit gewordene Nachlässigkeit im Betrieb als Folge des Systems. Dieses System hat alle Vorbedingungen geschaffen, wodurch sich auch eine kleine Explosion durch den starken Kohlenstaub und die in den vielen Hohlräumen vorhandenen Schlagwetter über die ganze Grube ausbreiten konnte und so entsetzliche Folgen haben mußte.

Der Staatsanwalt suchte diese Zustände mit der amerikanischen Entwicklung im Ruhrgebiet zu rechtfertigen. Nun braucht eine amerikanische Entwicklung noch nicht über Leichen zu gehen. Das Leben der Bergarbeiter ist schon ein fortgesetzter Kampf mit dem Tode. Vom Jahre 1886 bis einschließlich 1909, also in 24 Jahren, sind im deutschen Bergbau 1380 000 Bergarbeiter verletzt, davon 27 399 getötet worden. Das sind entsetzliche Zahlen, an denen aber die Öffentlichkeit achtlos vorübergeht. Nur wenn eine Massenkatastrophe alle Welt mit Entsetzen erfüllt, beschäftigt man sich eine Zeitlang mit dem Los des Bergmanns, ohne daß bisher durchgreifende Vorbeugungsmaßnahmen getroffen worden wären.

Als am 10. März 1906 sich die furchtbare Grubenkatastrophe in Courrières ereignete, der 1285 Bergarbeiter zum Opfer fielen, verscherte die deutsche Unternehmerpresse, daß Massenunglücke von solchem Umfange bei uns unmöglich seien. Und doch hatten sich auch im deutschen Bergbau schon eine große Anzahl ähnlicher Massenunglücke ereignet. Wir erinnern nur an folgende Massenunglücke:

- 1864 Grube Neben 30 Tote; 1867 Hundgrube bei Lugau, Königreich Sachsen, 101 Tote; 1869 Burgflur Schächte, Königreich Sachsen, 247 Tote; 1868 Neuiserlöh, Ruhrgebiet, 82 Tote; 1880 28; 1886 7 Tote; 1876 Karlingen bei St. Wold, Lothringen, 147 Tote; 1881 Jollern, Ruhrgebiet, 10; 1898 44 Tote; 1882 Pluto, Ruhrrevier, 65 Tote; 1885 Kamphausen, Saarrevier, 135 Tote; 1886 Konsolidation, Ruhrrevier 56; 1901 18 Tote; 1887 Hibernia, Ruhrrevier, 58; 1891 57 Tote; 1893 Kaiserstuhl, Ruhrrevier, 68; 1897 20 Tote; 1895 Brinz von Breuzen, Ruhrrevier, 37 Tote; 1896 General Blumenthal, Ruhrrevier, 26 Tote; Kerpphas-Grube, Oberschlesien, 104 Tote; 1898 Carolinenglück, Ruhrrevier, 116 Tote; 1903 Königin-Luise-Grube, Oberschlesien, 30 Tote; 1905 Boruffa, Ruhrrevier, 39 Tote; Grube Voillemain bei Klein-Rosfeld, Lothringen, mit 85 Toten im Jahre 1907 und das Rabbodunglück am 12. November 1908, dem 348 Bergarbeiter zum Opfer fielen. Wenn in allen diesen Fällen die Zahl der Opfer nicht größer war, so liegt das nur an der geringen Zahl der Belegschaft. Nun sind einmal die Schuldigen vor Gericht gekennzeichnet worden. Das Gericht hat zwar den Redakteur wieder verurteilt, aber gerichtet ist das System rücksichtsloser Profitmacherei!

Aus der Partei.

Reichstagskandidatur. Die Stettiner Parteigenossen nahmen am Montag in einer sehr zahlreich besuchten Generalversammlung die Kandidatenaufstellung für die nächste Reichstagswahl vor. Genosse Herbert, der bisherige Kandidat, der den Kreis bereits im Reichstage vertreten hat, lehnte in einer voraufgegangenen Verammlung nach mehrstündiger Debatte eine Wiederannahme der Kandidatur ab. In Vorschlag wurde Genosse G. Vogtherr-Wiesbaden gebracht und von der außerordentlichen Generalversammlung auch einstimmig gewählt.

Der Diamantenkoffer.

Erzählung aus Rußlands Revolutionstagen.

Von Friedrich Thieme.

(Nachdr. verboten.)

I.

Im Kontor des großen Juwelen- und Goldwarengeschäfts von Gebrüder Didier in Odessa standen sich am Nachmittag des 27. Juni 1905 der Chef der Firma, der 63jährige Arnaud Didier, und sein langjähriger Prokurist und Buchhalter Albert Wiegandt, in ziemlich verlegener Haltung gegenüber. Selbstamerweise war die Verlegenheit eine beiderseitige. Herr Didier, ein mittelgroßes, bewegliches Männchen mit schon fast silberweißen Locken, das weder in seinen Zügen noch seinen lebhaften Gestikulationen die französische Abkunft verleugnete, ließ die dunklen, flackernden Augen bald hier, bald dorthin schweifen, nur die Richtung nach derjenigen seines Prokuristen vermied er gemächlich und auch dieser, ein schlanker, kräftiger, regelmäßig gebauter junger Mann, der sich seit seinem 20. Jahre, also seit nunmehr acht Jahren, im Dienste der Firma befand, hielt seine Blicke unentwegt auf die Dielen vor sich geheftet, mit einer Beharrlichkeit und Aufmerksamkeit, als gelte es da unten eine interessante Forschung von höchstem wissenschaftlichem Werte anzustellen.

„Sie wissen doch, Herr Wiegandt,“ gestikulerte der Franzose, „daß ich das größte Vertrauen zu ihnen hege — eh — gewiß.“

„Ich glaube mir ein Anrecht darauf erworben zu haben, Herr Didier,“ erwiderte Albert bescheiden, aber nicht ohne Selbstbewußtsein.

„Dahen Sie — cela va sans dire — ich vertraue Ihnen wie meinem eigenen Bruder — mehr wie mir selbst — aber — eh — daß Sie mit meiner Tochter, meinem einzigen Kinde, meiner innigstgeliebten Marguerite — hinter meinem Rücken — eh —“

„Es ist nicht hinter Ihrem Rücken geschehen, Herr Didier. Ich war stets der Meinung, Sie wüßten davon — und obwohl ich mir meiner Armut gegenüber Marguerite wohl bewußt, so meinte ich doch — und Marguerite bestärkte mich darin — daß Sie bei der Großmutter Ihres Charakters —“

„Lassen wir das, Herr Wiegandt — betrachten wir die Angelegenheit vom vernünftigen Gesichtspunkte aus. Ich begreife wohl, wie die Neigung für Sie im Herzen meiner Tochter entstehen konnte. Marguerite ist 19 Jahre alt, enthusiastisch, edel, dankbar, feurig, eine echte Tochter meiner Nation, obwohl sie hier in Odessa geboren ist — wenige Wochen nach meiner Ankunft in dieser Stadt. Ich habe von Ihnen so viel Gutes in meiner Familie gesprochen, Sie von Anfang an als so hochintelligenten, außerordentlichen Mann bezeichnet, daß das unerfahrene Geschöpf Sie, als ich Sie zuerst in meine Familie einführte, naturgemäß mit erhöhter Aufmerksamkeit empfing und betrachtete. Sie wurden zu einem Ideal für ihr damals sechzehnjähriges Herz — und daß sie Ihnen gefiel — der Kaufmann lächelte stolz — „nun, wem sollte Marguerite, das Ebenbild ihrer Mutter, die man einst das schönste Mädchen von Paris nannte, nicht das Herz stehlen?“

Da er hier eine kleine Atempause eintreten ließ, er war etwas athematisch, der arme Monsieur Didier, so fuhr Albert, mit plötzlicher Begeisterung die Augen emporschlagend und einen Blitz des Enthusiasmus aus ihnen zur Decke schießen lassend, hastig fort:

„Ja, wem sollte sie nicht? Diese großen Augen wie leuchtende schwarze Diamanten, funkelnd wie Sterne des Himmels, dieses weiche, glänzende schwarze Haar, wie Samt und Atlas zugleich, diese blendende Haut, dieser Feint wie Marmor, dieses unbeschreiblich anmutige Näschen, dieser Hals von Ebenholz —“

Monsieur Didier verbeugte sich lächelnd.

„Man muß sie lieben, mein teurer Monsieur Wiegandt. Ich begreife es und würde Sie für einen Eisbären des Nordens halten, wenn Ihre Seele kalt geblieben wäre. Daraus mache ich Ihnen keinen Vorwurf. Auch nicht aus Ihrer Armut, die gar nicht so schlimm ist. Sie haben ein schönes Salär, viel gespart, eine gute Karriere vor sich, sind gar keine schlechte Partia. Auch ist Marguerite reich und was Sie nicht haben hat sie, denn von Ihnen weiß ich ja, daß Sie nicht ihr Geld, sondern sie selber besitzen wollen.“

Albert preßte beteuern die Hand auf das Herz.

„Soweit alles in Ordnung — und gern würde ich rufen: de tout mon coeur! Doch bedenken Sie eins: Als ich mich vor 20 Jahren hier niederließ, geschah es in der Hoffnung, dereinst, nach Erwerbung eines Vermögens, in mein Vaterland zurück-

kehren zu können. Wir etablierten uns gleichzeitig, mein geliebter Bruder Gerard in Paris — wir sind geborene Pariser, mein Herr — und ich in Odessa. Nach außen hin ist es nur ein Geschäft und die Firma lautete: Gebrüder Didier, Paris und Odessa. Wir arrangierten — doch das gehört nicht zur Sache. Genug, ich — eh — sah meine künftigen Erwartungen erfüllt. Mein Geschäft reiferte, meine Spekulationen krönte der Erfolg. Ich knüpfte glänzende Verbindungen im Orient und in China an. Ich gewann Geld, Geld, viel Geld. Und bei jeder neuen Summe, die ich nach Paris an die Banque de France sandte, schaute ich auf mein einziges Kind und dachte: Bis du 20 Jahre zählst, mein Perzonsliebbling, bin ich soweit, den Laden hier zu schließen, dann reisen wir nach der Heimat und ich lüchle dir in Paris einen Gatten, einen Landsmann, einen echten Pariser! Der Pariser Schwiegerohn war mein Traum seit vielen Jahren, Monsieur Wiegandt — er ist fast zur lebenden Person für mich geworden, ich kenne ihn wie einen wirklichen Menschen, ich rede mit ihm, ich verkehre mit ihm, er ist der Vater meiner Enkel!“ — die Züge des gutmütigen alten Herrn nahmen dabei einen etwas wehmütigen Ausdruck an — „und nun soll ich auf ihn verzichten, soll ihn, der sich nichts hat zuschulden kommen lassen, seiner wohlverdienten Rechte entkleiden, mein Kind von ihm scheiden — eh — eh — und gar zugunsten — eines Deutschen — das ist ein wenig hart, mein Herr!“

„Ich dachte nicht, daß Sie in nationalen Vorurteilen befangen wären, Herr Didier,“ bemerkte der Prokurist finster.

„Bin ich auch nicht, besser Herr Wiegandt — soweit ein Mensch von so etwas überhaupt frei sein kann, bin ich es — eh — gewiß aber der Pariser Schwiegerohn — gerade jetzt, wo ich meine langgehegten Absichten realisieren und den immer schwierigeren Verhältnissen hier ausweichend, meinen Plan verwirklichen will — warum sind Sie nicht in Paris geboren, mein bester Herr — mit Freuden würde ich — aber so — es geht mir wirklich zu nahe. Ich — ich kann nicht,“ wobel Monsieur Didier verlegen die Hände rieb, als ob er sie einer gründlichen Wäsche unterziehe, die Augenlein umherzangen ließ und mit den Fingern einen energischen Wackel antrat, ohne indessen die Stelle, worauf er stand, auch nur um eines Dezimeters Breite zu überschreiten.

(Fortsetzung folgt.)

Monsieur Didier lächelte gutmütig und geriet zugleich:

Reichstagskandidatur. Im 9. badischen Reichstagswahlkreis fand Sonntag die Auffstellung des sozialdemokratischen Reichstagskandidaten statt. Die Konferenz, die überaus zahlreich besucht war, wurde in Durlach bei Karlsruhe abgehalten. Vorgeschlagen waren 2 Kandidaten, der Parteisekretär Trinks und der Vorsteher des Metallarbeiterverbandes Schilde-Stuttgart. Nach längerer, zum Teil heftiger Debatte wurde die Abstimmung vorgenommen. Es fielen auf Trinks 77, auf Schilde 21 Stimmen. Damit ist Trinks als Nachfolger Eichhorns proklamiert.

Stratons der Parteipresse. Wegen Beleidigung des Titularprofessors Suchsland in Halle a. S. war Genosse Niebuhr vom vorliegenden „Volksblatt“ angeklagt worden. Er hatte in einem Artikel das Gebaren des bekannten Konsumvereinsleiters und Agitators des Bundes der Landwirte in einer Klagesache gegen zwei rheinische Konsumvereine gebührend kritisiert. Obwohl Herr Suchsland geistiger und tatsächlicher Urheber der Klage gewesen, hatte er es doch für richtig befunden, in der gleichen Sache ein „Gutachten“ abzugeben, war also Kläger und Sachverständiger sozusagen in einer Person. Da die Klage des Herrn sich gegen den „schlechten Ton“ des Artikels richtete, wurde er vor Gericht wegen der Schimpfereien in seinen genossenschaftsfeindlichen Schritten arg hergenommen. Da aber der Staatsanwalt im öffentlichen Interesse klagte, erfolgte Verurteilung des Genossen zu 300 Mk. Geldstrafe wegen formaler Beleidigung. Der Staatsanwalt hatte gar drei Monate Gefängnis beantragt.

Wie marschieren. In dem Frankfurter Stadtparlament wurden gestern bei den Wahlen zum Kommunalparlament, Regierungsbezirk Wiesbaden, unter anderem auch die Genossen Gräf und Helmski als Vertreter gewählt. Mit ihnen ziehen die ersten Sozialdemokraten in diesen Landtag ein. Unsere Fraktion beanspruchte, ihrer Stärke entsprechend, sechs Sitze; die Fortschrittler haben aber nur drei Genossen auf die Liste gesetzt. Bemerkenswert ist, daß auch Magistratsvertreter für unsere Genossen stimmten. Von 79 anwesenden Abgeordneten und Magistratsvertretern stimmten 75 bzw. 72 für unsere Genossen.

Peter Knudsen. Die dänische Arbeiterschaft hat am Sonntag einen Mann zu Grabe geleitet, der Großes geleistet hat für die moderne Arbeiterbewegung, für die Sozialdemokratie. Es war im Jahre 1870, als der Handschuhmacher Peter Knudsen vom sozialistischen Geiste erfaßt wurde und, nachdem er sich durch gründliches Studium der sozialistischen Literatur von der Wahrheit dieser Ideen überzeugt hatte, mehr und mehr seine ganze Kraft in den Dienst der Bewegung stellte. 27 Jahre lang, von 1876 bis 1903, war er Vorsitzender des Handschuhmacherverbandes und ebensoviele Jahre, nämlich vom Dezember 1882 bis zu seiner Wahl zum Bürgermeister im November 1900, Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei Dänemarks. Inzwischen war er auch eine Reihe von Jahren als Landstingsabgeordneter und als Folkethingabgeordneter tätig. Er wurde das erste Mal, 1890, von seiner Vaterstadt Randers in das Folkething gewählt, seit 1903 vertrat er jedoch den 10. Wahlkreis Kopenhagen. Genosse Knudsen entwickelte eine ungeheure Arbeitskraft. Neben seiner Tätigkeit für die Partei und die Gewerkschaften war besonders auch die Sozialgesetzgebung sein Arbeitsfeld. Er hat sich selbst in den Reihen der Gegner allgemeine Hochachtung erworben. Die einzige Inkonsequenz, die ihm ein Blatt wie „Politiken“ in seinem ehrenden Nachruf nachsagt, ist die, daß Knudsen so schön über den Achtstundentag zu reden verstand, während er selbst im Dienste der Bewegung seine 16 Stunden täglich arbeitete, daß er in Neben die Ruhe nach getaner Arbeit pries, während er sich selbst keine Ruhe gönnte, bis Krankheit und der Tod ihn zur Ruhe brachten. Er war schon längere Zeit herzleidend, und schließlich kam noch eine Leberkrankheit hinzu, von der eine Heilung nicht mehr möglich war. Als Knudsen als einer der ersten Bannerträger und Vordenker in die dänische Arbeiterbewegung eintrat, war es nur eine kleine Schar von wenigen Hunderten, die mit ihm war, heute sind es mehr denn 100.000, die in dem kleinen Lande als organisierte Arbeiter und Genossen sich der Sozialdemokratie und modernen Arbeiterbewegung um das Banner scharen.

Gewerkschaftsbewegung.

Forderungen der Staatsarbeiter. Das Kartell Deutscher Reichs- und Staatsarbeiter hielt am Sonntag in Berlin eine von ca. 4000 auf Staatswerkstätten beschäftigten Arbeitern besuchte Versammlung ab. In der sehr lebhaften Versammlung wurde verlangt, Anerkennung der Arbeiterausschüsse, Lohnerhöhung entsprechend den Lernerungsverhältnissen, Gewerbeberichte und Arbeitskammern, Berücksichtigung der Reichsarbeiter bei der Versicherungsordnung, Gewährung des Koalitionsrechts nach den gesetzlichen Bestimmungen. Einige bürgerliche Reichstagsabgeordnete sprachen den Staatsarbeitern ihre Sympathien aus. Auch der Verband vaterländischer Arbeitervereine suchte sich an die Leute heranzudrängen; als aber der Generalsekretär Schöda von diesem Verbände die Finanzreform verteidigte, erhob sich ein Sturm der Entrüstung unter den Staatsarbeitern. Unzählige Schlußrufe und „Mumps, Blödsinn, Quatsch“ tönte ihm entgegen. Die unter der Leitung lebenden Staatsarbeiter, die sich von diesem bezahlten Agenten der Reaktion nicht vorreden lassen wollten, daß ihnen die Lebensmittel durch die neuen Steuern nicht verweigert werden seien, zwangen diesen eigenartigen Arbeitervertreter mit ihrem Protest und stürmischen Schlußrufen, von der Tribüne abzutreten. Mit Annahme einer Resolution, die die Forderungen der Staatsarbeiter zusammenfaßt, wurde die Kundgebung geschlossen.

Angeklagte Ausperrung in der Metallindustrie. Der Arbeitgeberverband in der Bijouterieindustrie in Forchheim beschloß Montag die Ausperrung aller Arbeiter, da die Kettenmacher, die in eine Lohnbewegung eingetreten sind, ihre Forderungen aufrecht erhalten. Angebotene Verhandlungen wurden von den Unternehmern abgelehnt. Die Ausperrung wurde erst nach Ablauf der Kündigungsfrist, am 19. November in Kraft treten.

Lohnbewegung der Gemeinbedienten in Mannheim. Der Gemeinbedientenverband hat dem Mannheimer Stadtrat eine Lohnforderung zugehen lassen, durch welche für alle in Gemeinbetriebenen beschäftigten Arbeiter mit Ausnahme der Straßenbahner Lohnzuschläge verlangt werden.

Lohnbewegung in den Mannheimer Schabritzen. Eine Lohnbewegung in zwei Schabritzen zu Mannheim endigte mit einer Lohnzulage von zwei Pfennig pro Stunde. Der Anfangslohn wurde von 37 auf 39 Pfennig, der Endlohn auf 46 Pfennig festgelegt. Außerdem wurden einige Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse zugelassen.

Aus dem Gerichtssaal.

Der Erpresserprozess gegen die „Wahrheit“. In der Verhandlung am Dienstag wurde zunächst festgestellt, daß der Schriftsteller Goldbeck innerhalb eines Jahres 46 Leitartikel und 90 andere Artikel für die „Wahrheit“ geschrieben und dafür 250 Mk. Honorar empfangen hat. Goldbeck ist gleichzeitig auch für die im Verlage

von Klinker erscheinenden Blätter und für die „Welt am Montag“. Angeklagter Bruhn bekennt, daß die für die „Wahrheit“ geschriebenen Artikel national gehalten waren. Im Falle Jandorf trat ein gewisser Jacobsohn als Zeuge auf und erklärte, daß er im Einverständnis mit Jandorf bei Bruhn war, diesem Inserate angeboten hat, aber die Bedingung stellte, daß nichts gegen das Kaufhaus des Westens und Jandorf geschrieben werden dürfe. In einem Café habe er dann den Miangelagten Weber getroffen, der ihm erzählt habe: „Die Stelle bei Bruhn eckelt mich an, das ist der gemeinste Lump. Dilemme Wurschen müsse man das Handwerk legen.“ Schließlich hat er dem Weber etwas zu verdienen gegeben. Bruhn bekennt ganz entschieden, daß der Vorfall sich in der Weise abgespielt habe, und auch der als Zeuge geladene Kommerzienrat Wolff Jandorf sagt nur sehr zurückhaltend aus, und ist so vorsichtig, seinen Aussagen meist hinzuzufügen, daß er sich an anderes nicht mehr erinnern. — Der Inseratenagent Jonas Wertheim erklärt, daß es allgemein üblich sei, daß Firmen, die Inserate geben, nicht angegriffen werden. Von der „Staatsbürgerzeitung“ und den „Deutschen Nachrichten“ sei Herr Jandorf schriftlich bestätigt worden, daß ihm vorher Mitteilung gemacht werden solle, falls Angriffe gegen ihn geplant seien. Verschiedene Zeugen, darunter der antisemitische Abg. Werner, sagen aus, daß Bruhn mit ihnen wegen der Aufnahme jüdischer Warenhausinserate gesprochen haben. Sogar der Kassendirektor Krautmann will dem Bruhn zugeordnet haben, die Inserate doch aufzunehmen. In antisemitischen Kreisen war man allgemein der Ansicht, daß die „Wahrheit“ ihre Prinzipien nicht verleihe, wenn sie jüdische Warenhausinserate bringe. — Von dem Zeugen Postsekretär Stockmann, dem Vorliegenden der Mittelhandelsvereinigung wurde festgestellt, daß auch andere warenhausfeindliche Blätter, wie die „Deutsche Tageszeitung“, die „Kreuzzeitung“, der „Reichsbote“ und die „Deutsche Zeitung“ Inserate der Warenhäuser veröffentlichten. — Der Annoncenchef der Firma Perko gibt an, daß Bruhn Inserate deshalb bekommen habe, weil seine Zeitung als ein Blatt bekannt war, das nationale Tendenzen verfolgte. — Das Gericht tritt dann in die Erörterung des dritten unter Anklage stehenden Erpressungsfalles ein, der sich gegen den Pianofortefabrikanten Ginge richtete.

Aus Nah und Fern.

Die Polizeikrawalle am Wedding haben vollständig aufgehört. Wie am Sonntag, so ist auch am Montag nichts vorgekommen, was sich einigermaßen als Ausschreitungen der Massen kennzeichnen ließe. Von allen Berliner Blättern ist allein noch der „Berliner Lokal-Anzeiger“ bemüht, im Interesse der Reaktionäre den Eindruck aufrecht zu erhalten, als ob am Wedding die Polizei etwas zu tun hätte. Noch im Laufe des Montag ist festgestellt worden, daß die Schauernachrichten des „Berliner Lokal-Anzeigers“ — auch die Erzählung von der sogenannten Polizeikonferenz, die Bestimmungen über die Eröffnung von Schnellfeuer gegen die „Tumultuanten“ beschlossen habe — purer Schwindel war. — Städticherweise ist auch die Meldung Schwindel über von zahlreichen verletzten Personen sprach. Die Polizei selbst gibt an, daß nur drei Personen durch Säbelhiebe verletzt worden seien. Die liberale Presse stimmt durchgängig dem „Vorwärts“ zu, der die unndrige Polizeitaktion wie vor allem die Schwindelnachrichten in der bürgerlichen Presse für ein Wahlmanöver der Scharfmacher erklärt. Im „Vorwärts“ werden die Arbeiter und Arbeiterfrauen nachdrücklich aufgefordert, sich an keiner Ansammlung zu beteiligen, um der Reaktion auch den letzten Vorwand für ihre Scharfmachereien zu nehmen.

Verdorbene Lebensmittel. Der „Schwäbische Merkur“ meldet aus Ludwigsburg: In der ersten Abteilung des Feldartillerie-Regiments Nr. 65 sind 29 Mann nach Genuß verdorbener Lebensmittel an Durchfall und Fieber erkrankt und ins Lazarett gebracht worden.

Nachhaft. Im russischen Grenzort Mlozina ermordeten zwei Einwohner aus Nacha die vier Töchter des Kolonisten Wrejinski. Die Eltern wurden vor Schrecken wahnsinnig.

Familien drama. In Gera (Reuß) vergiftete die Witwe Kathinka Bauer wegen unglücklicher Familienverhältnisse sich und ihre zwölf Jahre alte Tochter durch Gas.

Um eines Schauspielers Liebe. In Burgstedt hat sich eine Familientragödie ereignet. In der Familie des Handschuhmachers Lorenz wohnte seit kurzem ein bei der Burgstedter Wandertheatertruppe beschäftigter Schauspieler, der bald die Herzen der Gattin und der Tochter seines Vorgesetzten gewonnen hatte, so daß es mehrfach zu lärmenden Familienaustritten kam. Nun fand man Vater, Mutter und Tochter bewußlos im Zimmer liegen, in dem der Gasthahn geöffnet war. Außerdem wurde festgestellt, daß die Tochter sich mit Nisol vergiftet hatte. Die drei Vergifteten wurden in das Krankenhaus gebracht; doch besteht keine Hoffnung, sie am Leben zu erhalten.

Wie in Bremen „Streikzettel“ gemacht werden, dafür erbringt der Stettiner „Volksbote“ ein lehrreiches Beispiel. Der Redaktion unseres pommerschen Parteiblattes wurde gemeldet, daß am Dienstag, 19. Oktober, die Stettiner Polizei mit blanker Waffe und ohne jede äußere Veranlassung auf eine Anzahl streikender Seeleute eingeknallt hatte, die abends gegen 10 Uhr die Wallstraße (Barnitzbollwerk) entlang gingen. Ein Matrose wurde dabei verächtlich verletzt und auf der Reiterwache bis zum nächsten Morgen inhaftiert. Die Redaktion des „Volksboten“ stellte zunächst genauere Ermittlungen an und wandte sich unter anderem auch an die Kriminalabteilung der Polizei. Dort wurde ihrem Vertreter erklärt, daß die Sache sich wesentlich anders verhalte, als man ihm gemeldet habe. Der verletzte Matrose sei auf dem am Barnitzbollwerk liegenden Dampfer „Bineta“ widerrechtlich eingedrungen, weil er als Obdachloser dort nächtigen wollte. Als er aufgefunden wurde, habe er nicht gutwillig das Schiff verlassen wollen und sei deshalb die Polizei gerufen worden, die den Obdachlosen festnahm. Seine Verletzungen habe er bei einer Schlägerei an Bord des Schiffes vor Eintreffen der Polizei erlitten. Diese Auskunft mußte falsch sein, da der Verletzte seit Jahren verheiratet und in Stettin ansässig ist. Es wurden deshalb weitere Ermittlungen angestellt und die Redaktion unseres Stettiner Parteiblattes eruchte auch den Vertreter des Stettiner Polizeipräsidenten um eine Auskunft über diesen Fall. Sie wurde ihr auch in einer recht interessanten Unterredung erteilt. Der auskunftgebende Regierungssachverständige erklärte nämlich: „Auf dem Polizeirevier war die telephonische (!) Mitteilung eingegangen, daß in einer Wirtschaft des Hafengebietes die streikenden Seeleute heraten und beschloßen hätten, den Dampfer „Bineta“ bei Einbruch der Nacht zu überfallen, und wenn dies Vorhaben mißglücken sollte, den Überfall nachts um 3 Uhr zu wiederholen. Die Polizei sei dem gerade zuvorgekommen und habe, als ihre Aufforderung zum Auseinandergehen nicht sofort befolgt wurde, zur Waffe greifen müssen. Der verletzte Matrose habe Widerstand geleistet und sei deshalb gefaßt worden.“

worden. Als der Redaktionsvertreter des „Volksboten“ dem Herrn Affessor die Frage vorlegte, ob er denn auf Grund einer höchst zweifelhaften und unkontrollierbaren Telefonmeldung solches Vorgehen der Beamten als einwandfrei erachte, entgegnete der Herr höchst aufgeregt: „Ich lehne es Ihnen gegenüber in jedem Falle ab, das Vorgehen der Beamten zu rechtfertigen. Ich bedaure es sogar sehr, daß diesmal die Beamten zu schnell eingegriffen haben; die Leute hätten erst das Schiff betreten müssen, damit man sehen konnte, wessen man sich von den Streikenden versehen muß.“ Es zeigt dieser Fall klar die Methode, nach der Streikzettel gemacht werden! Wenn irgend ein Nachtgroschenjunge die Gespinne seiner Spitzelphantasie der Polizei telephonisch mitteilt, dann genügt ihr dies, um ohne vorherige Untersuchung, mit ihrer ganzen Macht herbeizueilen. Ein ergiebige Tätigkeitsgebiet für schuftige Agents provokateurs.

Das Ende vom Liede. Der Proturist Waldener, der nach Unterschlagung von 100.000 Mk. mit seiner Geliebten geflüchtet war, kehrte nach Dresden zurück und vergrößerte sich in seiner Wohnung mit Kohlenoxydgas.

Mordversuch im Schöffengerichtssaal. Eine wilde Szene spielte sich vor dem Schöffengericht in Köln an. Der Bäckergehilfe Christian Tillmann aus Worringen hatte ein Verhältnis mit einem Dienstmädchen, das er im Hause seines Prinzipals mißhandelte und zu töten drohte. Als vor dem Schöffengericht die Sache aufgerufen wurde, stürzte sich der Bäckergehilfe vor dem Richter auf das Mädchen, warf es zu Boden, würgte es und schlug es blutig. Der Gerichtsdienere hatte Mähe, den Wüterich von dem Mädchen loszureißen. Vier Mann waren nötig, um ihn zu bewältigen. Der Täter erhielt vorläufig drei Tage sofort vollstreckbare Haft wegen Ungehörigkeit vor Gericht und wird einer neuen Anklage entgegensehen.

Die verbrannte Leiche. Ein eigenartiger Unfall ereignete sich dieser Tage in Dortmund. Ein wohlhabender Bürger der Stadt war gestorben, sein Leichnam wurde bis zur Bestattung aufgebahrt. Von einem der an den Seiten angebrachten Radelaber stürzte eine brennende Kerze herunter und entzündete die gesamten Trauerdekorationen. Auch der Sarg ging in Flammen auf und die Leiche verbrannte fast gänzlich. Der herbeigeleitete Feuerwehrgelang es nach einiger Zeit, den Brand zu löschen; bevor ein größerer Teil des Hauses eingestürzt wurde.

Der entgraft Graf. Dem Grafen Max v. Taufkirchen-Gutenberg, der bei Grünstadt (Pfalz) die Schankwirtschaft „Zum Ochsen“ betreibt, ist wie mitgeteilt, von der bayerischen Regierung die Führung des Grafentitels während der Dauer eines solchen Geschäftsbetriebes verboten worden. Hierzu wird der „Berl. Volksz.“ geschrieben: Die Regierungsverfügung stützt sich auf das bayerische Adelsedikikt vom 26. Mai 1818. Auch im Brandenburg hat einmal ein ähnliches Gesetz bestanden, das den Angehörigen des Adels jeden Betrieb von Handel und Gewerbe ganz allgemein untersagte. Es ist allerdings schon viel früher, im Jahre 1838, unter Joachim II. erlassen worden. Dieser Herrscher wollte eine künstliche Trennung des Adels vom Bürgertum auch in wirtschaftlicher Beziehung herbeiführen, obwohl er der Sohn jenes Kurfürsten Joachim I. war, der von den Junkern mit dem Galgen bedroht wurde und zahlreiche Raubritter hinrichten ließ. — Im Mittelalter suchte man vielfach auch solche Adlige, die sich am Großhandel beteiligten, als „unehrenbürtig“ hinzustellen; so schloß man sie zum Beispiel von der Teilnahme an Fournieren aus. Heute sind selbst Mitglieder des Hochadels in Deutschland Zuckerfabrikanten, Brauereibesitzer, Bierbrauer usw. Der aus Bayern gemeldete Fall bildet einen köstlichen Treppenhieb der Weltgeschichte. Der Graf würde berechtigt sein, als Großbauer Gastwirtin Branntwein zu kochen, aber als simpler Gastwirt verliert er seine Standesvorsehrte!

Ein schwerer Automobilunfall. Gestern vormittag ereignete sich bei Antony (Frankreich) ein Autounfall, wobei Dr. Armand Troussau, ein Sohn des bekannten Arztes, auf der Stelle getötet wurde. Sein Schwiegersohn und seine Tochter wurden verletzt.

Niesenbrand. Der Londoner „Evening Times“ wird aus Victoria (Britisch-Kolumbien) telegraphiert, daß dort gestern eine Feuerbrunst enormen Schaden im Geschäftsviertel angerichtet hat. Mehrere Hauptgeschäftsgebäude wurden eingestürzt. Das bekannte „Sieben-Schwefel“-Päpelerietel, das Bureau der „Times“, das große Warenhaus von Stevens und das vornehmste Luchgeschäft von Young sind zerstört worden.

Unwetter und Überschwemmungen in Frankreich. In Mittel- und Südfrankreich gingen am 31. Oktober heftige Gewitter nieder, die von einem ansturmartigen Sturm begleitet waren. Für Lyon soll Hochwassergefahr bestehen. Nach Meldungen aus Briouas sind Wasserläufe im Departement Aude in Folge des heftigen Gewitters stark angeschwollen und machten an zahlreichen Orten die Landstraßen und Eisenbahnen unpassierbar. Der Schaden ist beträchtlich. Wie aus Nîmes berichtet wird, sind die Rhône und die Gard an vielen Stellen über die Ufer getreten.

Explosion in einem französischen Arsenal. Im Arsenal des Kriegshafens von Orient erfolgte Montag nachmittags eine heftige Explosion in einem der Magazinräume, die große Vorräte von Petroleum und Benzin enthalten. Ein Arbeiter wurde tödlich verletzt, mit schweren Brandwunden ins Marinehospital gebracht. Die Ursachen der Explosion, deren materieller Schaden beträchtlich ist, sind nicht bekannt, doch vermutet man Kurzschluß.

Opfer des Orkans. Ein heftiger Südweststurm ging in der Nacht zum Dienstag über ganz Dänemark nieder. Er richtete beträchtlichen Schaden an. Die im Hafen liegenden Schiffe konnten durch Legen eines zweiten Ankers rechtzeitig vor Havarie behütet werden. In der Westküste von Jütland dagegen ereigneten sich zahlreiche Schiffsunfälle. In mehreren Häfen wurden die Stadteile am Hafen überflutet. In Thisted wurden zwei Männer von der Hafenmole durch die Meereswellen weggespült. Zwei Schiffe, die die beiden zu retten suchten, wurden gleichfalls von den Wellen ergriffen, und alle vier ertranken. In Esbjerg ist von dem Schlepper „Hammonia“, der den Garburg Segler „Anna“ nach Esbjerg schleppen wollte, die Schlepptrasse. Der Segler wurde in die Nordsee zurückgetrieben und ging später unter. Die aus fünf Mann bestehende Besatzung ertrank. — In der Nacht zum Dienstag ging ein Orkan von großer Stärke mit einem Wolkenbruch über ganz Belgien nieder. Gestern hat ein mehrere Stunden dauerndes Gewitter viele Schiffsunfälle und Schaden an der Küste verursacht. — Das frühere deutsche Kanonenboot „Salamander“, das nach Holland verkauft worden war, um dort abgebrochen zu werden, scheiterte infolge Reißens der Schlepptrasse in einem heftigen Sturm weit im Süden. Drei Mann an Bord des „Salamander“ sind vermutlich ertrunken.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Verbrecherflüchten. Ein angeblühter Marquis bringt bei einem Kompositen ein, gibt sich als Musikenthusiast aus, erkundigt sich dann eingehend über den Wert der in der Wohnung aufgestellten Kunstgegenstände, münzt hierauf einen Wahnsinnigen und wird von dem Irrenarzt, dem er entpungen sein sollte, und zwei Wärtern gerade in dem Augenblicke gestellt, als er sich auf den jungen Künstler stürzen will. Auf Witten des Irrenarztes zieht der Angegriffene sich ins Nebenzimmer zurück, während dem Verwickelten die Zwangsjacke angelegt wird. Raum schließt sich die Türe, so entpuppen sich die vier als Verbrecher und suchen mit sämtlichen Wertgegenständen das Weite. — Der Schwanz „Loos Nr. 38“, der den Schluss bildet, ist überreich an echt Pariser pikanten und prickelnden Situationen, Wechselungen, die so weit gehen, daß ein Dienstmann unter den seidenen Rippen liegt, in denen die schöne Liaue de Vivier ihren angebeteten Kavallerie vermutet, für den sie sich entkleidet und dem sie ihren herrlichen Körper zur Verfügung stellen will. Das Stück enthielt Lachstürme. Die Stoffe entstammen sämtlich den Kreisen der Lebewelt. — Der Stern des Ensembles ist Annie Wara. Neben dem Direktor Vira verdienen noch die Herren Windhopp, Franz Weber und Oskar Fuchs uneingeschränktes Lob. Auch Grete Ultsch und Irene Hartmann brachten ihre Rollen gut zur Darstellung. Das Haus war gut besetzt und spendete reichlich Beifall.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Donnerstag geht Richard Wagner's „Lauhäuser“ mit Alois Bennart vom Stadttheater in Hamburg als Gast in der Titelrolle nochmals in Szene. Die Kreise der Blöße werden ausnahmsweise nicht erhöht. — Am Freitag, abends 8 Uhr, gelangt der diesjährige Operetten-Schlager „Die Förster-Christi“ von Georg Farno zur nachmaligen Aufführung. — Die Bühnen-Probren zu der Opern-Produktion „Madame Butterfly“ von Puccini haben bereits begonnen und dürfte das Werk Mitte November herauskommen.

e. Stockelsdorf. Eine Protestversammlung, die sich mit den Moabitern Vorgängen beschäftigte, fand am Montagabend im Gesellschaftshaus Fackenburg statt. Die Beteiligung der Genossinnen und Genossen war eine gute zu nennen. Das Referat hatte Genosse Breconer übernommen, der unter lebhaftem Beifall der Versammelten über „Anebelgehe statt Volksrechte“ sprach. In der Debatte wurde noch auf die nächste Gemeinderatswahl hingewiesen. Auch der wegen Gaunereien eingekerkerte Herr Schoof, der Vorsitzende des Militärvereins, bekam sein Fett. Er währte, daß die Gemeindesteuer für das zweite Quartal dieses Jahres bezahlt sein muß, sonst darf man nicht wählen. Die Wählerlisten liegen vom 31. Oktober bis 13. November beim Gemeindevorstand zur Einsicht aus. Es wurde noch auf unsere Bibliothek hingewiesen und empfohlen, hier Bücher zur Belehrung zu entnehmen, und nicht zur Verdummung sich nach geistlicher Seite zu wenden. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die am 31. Oktober 1910 in Fackenburg im Paetus Gesellschaftshaus versammelten Männer und Frauen protestieren mit Entschiedenheit dagegen, daß die Polizei bei Lohnkämpfen stets einseitig zugunsten der Unternehmer eingreift und durch ihre Maßnahmen die gewalttätigen Triebe der sogenannten Arbeitswilligen ermutigt und anreizt. Die Vorgänge in Moabit sind nur auf die einseitige, mit den Gesetzen in Widerspruch stehende Parteimahne der Polizei gegen die um bessere Arbeitsbedingungen kämpfende Arbeiterschaft zurückzuführen. Die Versammlung protestiert ebenso gegen die verlogenen Darstellungen der bürgerlichen Presse, als habe es sich um pfannschöpfige sozialdemokratische Vorstöße gehandelt und sieht darin nur ein Mandat der Reaktionäre, um Stimmung zu machen für Ausnahmegeetze gegen die gefährdete Arbeiterbewegung und dadurch die spärlichen Rechte der arbeitenden Bevölkerung noch weiter zu beschneiden. Die Versammelten fordern demgegenüber volle, uneingeschränkte Gleichberechtigung aller Staatsbürger und verlangen, daß die Polizei, zu deren Unterhaltung alle Steuerzahler beitragen müssen, bei wirtschaftlichen Kämpfen sich jeder Parteimahne zu enthalten hat. Die Versammelten erkennen, daß gegen die Gelüste der Reaktion, der Arbeiterbewegung durch Ausnahmegeetze weitere Fesseln anzulegen, ein noch weit festerer Zusammenschluß der Arbeiter unbedingte Notwendigkeit ist und verpflichten sich, unverzüglich der Sozialdemokratischen Partei und den freien Gewerkschaften beizutreten und für deren Stärkung nach Kräften zu agitieren.

Menschenf. Mit den bevorstehenden Gemeinderatswahlen wird sich eine am Donnerstagabend 8 Uhr im Lokale des Herrn Süße stattfindende Volksversammlung beschäftigen. Genosse Stellingsmaier wird den Standpunkt der Sozialdemokratie zu den Gemeinderatswahlen erörtern. Ferner soll in dieser Versammlung die Aufstellung der Kandidaten erfolgen. Es ist Ehrenpflicht eines jeden Arbeiters und jeder Arbeiterfrau, in dieser hochwichtigen Versammlung zu erscheinen.

Hamburg. Das Heine-Denkmal. Ohne Sang und Klang, ohne irgendwelche Feierlichkeit, ja eigentlich, ohne daß irgend jemand außer den an der Aufstellung Beteiligten etwas davon erfuhr, hat Hamburg über Nacht sein Heine-Denkmal erhalten. Das Monument, das den im Lebensstuhlfühenden Heine in seinen letzten, von körperlichen Schmerzen heimgesuchten Lebensjahren zeigt, ist bekanntlich das einst im Auftrag der Kaiserin Elisabeth von Österreich vom Bildhauer Hasselriis für das Achilleion angefertigte Denkmal. Einige Jahre nach dem Tode der Kaiserin kaufte der inzwischen verstorbenen Hamburger Buchhändler und Heine-Verleger Julius Campe die Statue dem jetzigen Eigentümer der Corfu'er Besitzung, Wilhelm H., ab und bot sie dem Hamburger Staat als Geschenk an. Die hierauf erfolgende verlausulierte Ablehnung durch den Senat rief eine noch nicht vergessene Polemik hervor. Daß das Denkmal nun doch zur Aufstellung kam, wurde durch den Umstand ermöglicht, daß es, obgleich unmittelbar an öffentlicher Straße zwischen zwei hohen Kontorbauern aufgestellt, sich dennoch auf privatem Grund und Boden befindet. Die Eigentümerin des von einem kleinen grünen Platz umgebenen Denkmalterrains ist die Gartengesellschaft.

Hamburg. Der Streit der Hamburger Cafetellner nimmt bisher einen für die Kellner günstigen Verlauf. Die Cafetiers verhalten sich zwar allen Eingangsversuchen gegenüber ablehnend, sie haben es auch abgelehnt, sich dem Eingangsamt des Gewerbegerichts zu stellen, aber der Boykott der organisierten Arbeiterschaft Hamburgs ist nicht ohne Wirkung. Etwa die Hälfte der Cafes sind bereits boykottfrei. Es wehren sich die Kellner nur gegen die Stellenvermittlung durch gewerksmäßige Stellenvermittler, sie verlangen die Stellenvermittlung durch ihren kostenlosen Nachweis. Die private Stellenvermittlung bedeutet für die Cafetellner eine ungeheure Ausbeutung. Auf Grund der am 1. Oktober in Kraft getretenen Gebührenordnung für Vermittlung müssen für einen Cafetellner 24 Mk. gezahlt werden. Auch der Kellner oft seine Stellung wechseln, so bedeutet die Gebührensatzung eine erhebliche Belastung seines Einkommens. — Ein Finkenwärdler Fischerfahrzeug „S. F. 280“

See verbrannt. Das Fischerfahrzeug „S. F. 280“ in der Nacht zum Montag auf der Austerbant, 100 Ecken meilen WNW von Helgoland verbrannt und total verloren gegangen. Man vermutet, daß das Feuer durch Unvorsichtigkeit beim Gebrauch einer Lampe entstanden ist. Der in der Nähe weidende Fischer „S. F. 284“, Schiffer Kolk, bemerkte das brennende Fahrzeug. Er ließ seinen Fang im Stich und segelte zur Hilfe. Nach zwei Stunden kam er an der Unfallstelle an und konnte die ganze Besatzung retten, die sich ins Boot geflüchtet hatte. Heute morgen wurden die Schiffbrüchigen am St. Pauli Fischmarkt gelandet. Das Boot hatte einen Motor, der über schon 24 Stunden außer Betrieb war. In ihm konnte also das Feuer nicht entstanden sein. Die Unterelbe-Verseicherungsgesellschaft in Finkenwärdler trifft durch diesen Verlust ein Schaden von 16 000 Mark.

Fische. Tödlicher Unglücksfall. Der seit 22 Jahren in der hiesigen Holzirma Kühmann tätige 52jährige Arbeiter Christian Horns wurde gestern nachmittag von einem umstürzenden Bretterstapel erschlagen.

Odenburg. Mandatsniederlegung. Der Stenfelder Landtagsabgeordnete Freiherr von Hammerstein zu Abentheuer hat sein Mandat niedergelegt. Der wahrscheinliche Grund seines Rücktritts ist Geschäftsüberbürdung. Freiherr von Hammerstein gehörte dem Landtag seit den letzten zwei Jahren an und früher, in den neunziger Jahren, schon einmal. Im letzten Landtag trat er durch seinen Antrag betreffend die Vereinfachung der Staatsverwaltung hervor, der die jetzt erschienene Denkschrift der Staatsregierung zur Folge hatte.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. Stützen der Gesellschaft. Schauspiel in 4 Aufzügen von H. Ibsen. Der große Norwegische Ibsen ist leider ein sehr, sehr seltener Gast unserer städtischen Bühne. Diese Tatsache ist ebenso sehr im Interesse des Publikums zu bedauern, als im Interesse des Theaters selbst, das doch höhere Aufgaben erfüllen und nicht nur als Amüsier- und Unterhaltungsinstitut für gewisse zahlungsfähige Kreise dienen soll. Ibsen war ein großer Menschenkenner und zugleich ein großer Menschenfreund. Das bezeugen seine Werke, deren wesentliche Tendenz die Befreiung von Schädern innerhalb der heutigen Gesellschaft ist. Wie Ibsen die von ihm behandelten Fragen auch anpackt, immer geschieht es mit der Hand des feinsinnigsten, sicher gestaltenden Dichters. Und wie Ibsens Dramen stets einen Griff ins volle Menschenleben bedeuten, so leben auch die von Ibsen gezeichneten Personen und Charaktere. Die „Stützen der Gesellschaft“, welche Ibsen uns in seinem gleichnamigen Schauspiel vor Augen führt, sind innerlich morsch, wie die Gesellschaft selbst, in der sie existieren und in der ihnen der entsprechende Nährboden gegeben ist. Konsul Bernick ist der reichste und angesehenste Mann in der Stadt und eine der festesten Stützen der Gesellschaft. Aber sein Reichtum ist aus trüber Quelle geflossen und trübe, überlichsche Zülfüsse vermehren ihn. Unter der Vorgabe, dem Volke durch den Bau einer Bahn zu nützen, treibt er schamlose Boden Spekulationen, die ihm die Taschen füllen sollen. Sogar vor der Opferung von Menschenleben schreckt diese Stütze der Gesellschaft nicht zurück, indem er befiehlt, daß ein Sargschiff ohne genügende Reparatur den todbringenden Weg über den Ozean antreten soll. Dem braven Arbeiter, der ihn warnt, droht er mit der Hungerpeitsche. Und so moralisch verblüfft, wie Bernick, sind auch die meisten seiner Freunde. Im wirkungsvollen Gegensatz zu diesen Gesellschaftsstützen stehen Lona Hessel, die kluge Menschenkennerin, und Johann Tönnesen, das große Kind mit dem goldenen Herzen, die beide natürlich ein Greuel der „guten“ Gesellschaft sind. Schließlich endet das Schauspiel mit der nicht gerade sehr glaubwürdigen Gesinnungsänderung des Konsuls Bernick, der sich selbst vor aller Öffentlichkeit anklagt und Besserung gelobt. Wahrheit und Freiheit sind die wahren Stützen der Gesellschaft, sagt Lona Hessel. Aber eine Gesellschaft, die so gestützt wird, liegt wohl noch in weiter Ferne. Vorläufig bilden die Bernicks und Konjorten noch die Stützen der heutigen Gesellschaft.

Die Aufführung. Die Ibsens Schauspiel gestern Abend an unserer Bühne erlebte, wurde dem Werke durchweg gerecht. Herr Brunow, der für eine geschmackvolle, feinsinnige Aufmachung und ein gutes Zusammenpiel gesorgt hatte, gab den Konsul Bernick in wirkungsvoller Weise. Vortrefflich war Fräulein Betsche als Lona Hessel; von dieser einfachen und klugen Frau strahlte freundliches Licht und Wärme aus. Die übrigen größeren Rollen waren durch die Herren Fuchs, Grube, Laube, Megnadier, sowie die Damen Bog und Werner bestens besetzt. Das Publikum, unter dem sich vielfach auch manche Stützen der Gesellschaft a la Bernick befunden haben mögen, klatschte lebhaften Beifall. P. L.

Kommunales.

Richtshofkott gegen eine Stadtverwaltung. In Dammberg richtete der Detaillistenverein der Textil- und Bekleidungsbranche ein Gesuch an den Magistrat, um Herabsetzung des Strompreises. Das Gesuch wurde abgelehnt. Darauf haben 48 Firmen gegen eine Konventionallstraße von 100 Mk. beschlossen, vom 2. November ab die Schaufensterbeleuchtung vollständig einzustellen. Auch die Firmen, die Gasbeleuchtung haben, sind diesem Beschlusse beigetreten.

Genossenschaftsbewegung.

Professor Dr. Lexis in Göttingen über Konsumvereine und Kleinhandel. Der bekannte Nationalökonom und Statistiker an der Universität Göttingen, Professor Dr. Wilhelm Lexis, schreibt in seiner „Allgemeinen Volkswirtschaftslehre“, Berlin und Leipzig, B. G. Teubner, 1910: „Die Kultur der Gegenwart, ihre Entwicklung und ihre Ziele“ über die Abfertigung im Kleinhandel u. a. — „Stets wenden sich viele Leute ohne genügende Vorbereitung und mit unzulänglichem Kapital dem Ladenbetriebe zu, der ihnen das bequemste Unterkommen zu bieten scheint und durch die Leichtigkeit, mit der im Großhandel Waren auf Kredit geliefert werden, wird dieser Zudrang wesentlich gefördert. Das Publikum hat von der Überfüllung des Detailhandels keinen Vorteil, denn die Preise werden dadurch nicht erniedrigt, vielmehr ist jeder Mitbewerber wegen der Beschränkung des Absatzgebietes genötigt, seine Preise möglichst hoch zu halten. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkte kann man aber nicht umhin, die Vergütung, die der Detailhandel für seine Leistungen erhebt, so hoch zu finden, daß eine Verminderung derselben, namentlich im Interesse der weniger bemittelten Klassen, sehr zu wünschen wäre. Für die Zukunft dürfte eine Beschränkung des jetzigen unbefriedigenden Zustandes durch weitere Entwicklung des Großbetriebes und der Konsumvereine sich allmählich anbahnen, ohne daß der

Verbrecherflüchten. Ein angeblühter Marquis bringt bei einem Kompositen ein, gibt sich als Musikenthusiast aus, erkundigt sich dann eingehend über den Wert der in der Wohnung aufgestellten Kunstgegenstände, münzt hierauf einen Wahnsinnigen und wird von dem Irrenarzt, dem er entpungen sein sollte, und zwei Wärtern gerade in dem Augenblicke gestellt, als er sich auf den jungen Künstler stürzen will. Auf Witten des Irrenarztes zieht der Angegriffene sich ins Nebenzimmer zurück, während dem Verwickelten die Zwangsjacke angelegt wird. Raum schließt sich die Türe, so entpuppen sich die vier als Verbrecher und suchen mit sämtlichen Wertgegenständen das Weite. — Der Schwanz „Loos Nr. 38“, der den Schluss bildet, ist überreich an echt Pariser pikanten und prickelnden Situationen, Wechselungen, die so weit gehen, daß ein Dienstmann unter den seidenen Rippen liegt, in denen die schöne Liaue de Vivier ihren angebeteten Kavallerie vermutet, für den sie sich entkleidet und dem sie ihren herrlichen Körper zur Verfügung stellen will. Das Stück enthielt Lachstürme. Die Stoffe entstammen sämtlich den Kreisen der Lebewelt. — Der Stern des Ensembles ist Annie Wara. Neben dem Direktor Vira verdienen noch die Herren Windhopp, Franz Weber und Oskar Fuchs uneingeschränktes Lob. Auch Grete Ultsch und Irene Hartmann brachten ihre Rollen gut zur Darstellung. Das Haus war gut besetzt und spendete reichlich Beifall.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Donnerstag geht Richard Wagner's „Lauhäuser“ mit Alois Bennart vom Stadttheater in Hamburg als Gast in der Titelrolle nochmals in Szene. Die Kreise der Blöße werden ausnahmsweise nicht erhöht. — Am Freitag, abends 8 Uhr, gelangt der diesjährige Operetten-Schlager „Die Förster-Christi“ von Georg Farno zur nachmaligen Aufführung. — Die Bühnen-Probren zu der Opern-Produktion „Madame Butterfly“ von Puccini haben bereits begonnen und dürfte das Werk Mitte November herauskommen.

e. Stockelsdorf. Eine Protestversammlung, die sich mit den Moabitern Vorgängen beschäftigte, fand am Montagabend im Gesellschaftshaus Fackenburg statt. Die Beteiligung der Genossinnen und Genossen war eine gute zu nennen. Das Referat hatte Genosse Breconer übernommen, der unter lebhaftem Beifall der Versammelten über „Anebelgehe statt Volksrechte“ sprach. In der Debatte wurde noch auf die nächste Gemeinderatswahl hingewiesen. Auch der wegen Gaunereien eingekerkerte Herr Schoof, der Vorsitzende des Militärvereins, bekam sein Fett. Er währte, daß die Gemeindesteuer für das zweite Quartal dieses Jahres bezahlt sein muß, sonst darf man nicht wählen. Die Wählerlisten liegen vom 31. Oktober bis 13. November beim Gemeindevorstand zur Einsicht aus. Es wurde noch auf unsere Bibliothek hingewiesen und empfohlen, hier Bücher zur Belehrung zu entnehmen, und nicht zur Verdummung sich nach geistlicher Seite zu wenden. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die am 31. Oktober 1910 in Fackenburg im Paetus Gesellschaftshaus versammelten Männer und Frauen protestieren mit Entschiedenheit dagegen, daß die Polizei bei Lohnkämpfen stets einseitig zugunsten der Unternehmer eingreift und durch ihre Maßnahmen die gewalttätigen Triebe der sogenannten Arbeitswilligen ermutigt und anreizt. Die Vorgänge in Moabit sind nur auf die einseitige, mit den Gesetzen in Widerspruch stehende Parteimahne der Polizei gegen die um bessere Arbeitsbedingungen kämpfende Arbeiterschaft zurückzuführen. Die Versammlung protestiert ebenso gegen die verlogenen Darstellungen der bürgerlichen Presse, als habe es sich um pfannschöpfige sozialdemokratische Vorstöße gehandelt und sieht darin nur ein Mandat der Reaktionäre, um Stimmung zu machen für Ausnahmegeetze gegen die gefährdete Arbeiterbewegung und dadurch die spärlichen Rechte der arbeitenden Bevölkerung noch weiter zu beschneiden. Die Versammelten fordern demgegenüber volle, uneingeschränkte Gleichberechtigung aller Staatsbürger und verlangen, daß die Polizei, zu deren Unterhaltung alle Steuerzahler beitragen müssen, bei wirtschaftlichen Kämpfen sich jeder Parteimahne zu enthalten hat. Die Versammelten erkennen, daß gegen die Gelüste der Reaktion, der Arbeiterbewegung durch Ausnahmegeetze weitere Fesseln anzulegen, ein noch weit festerer Zusammenschluß der Arbeiter unbedingte Notwendigkeit ist und verpflichten sich, unverzüglich der Sozialdemokratischen Partei und den freien Gewerkschaften beizutreten und für deren Stärkung nach Kräften zu agitieren.

Menschenf. Mit den bevorstehenden Gemeinderatswahlen wird sich eine am Donnerstagabend 8 Uhr im Lokale des Herrn Süße stattfindende Volksversammlung beschäftigen. Genosse Stellingsmaier wird den Standpunkt der Sozialdemokratie zu den Gemeinderatswahlen erörtern. Ferner soll in dieser Versammlung die Aufstellung der Kandidaten erfolgen. Es ist Ehrenpflicht eines jeden Arbeiters und jeder Arbeiterfrau, in dieser hochwichtigen Versammlung zu erscheinen.

Hamburg. Das Heine-Denkmal. Ohne Sang und Klang, ohne irgendwelche Feierlichkeit, ja eigentlich, ohne daß irgend jemand außer den an der Aufstellung Beteiligten etwas davon erfuhr, hat Hamburg über Nacht sein Heine-Denkmal erhalten. Das Monument, das den im Lebensstuhlfühenden Heine in seinen letzten, von körperlichen Schmerzen heimgesuchten Lebensjahren zeigt, ist bekanntlich das einst im Auftrag der Kaiserin Elisabeth von Österreich vom Bildhauer Hasselriis für das Achilleion angefertigte Denkmal. Einige Jahre nach dem Tode der Kaiserin kaufte der inzwischen verstorbenen Hamburger Buchhändler und Heine-Verleger Julius Campe die Statue dem jetzigen Eigentümer der Corfu'er Besitzung, Wilhelm H., ab und bot sie dem Hamburger Staat als Geschenk an. Die hierauf erfolgende verlausulierte Ablehnung durch den Senat rief eine noch nicht vergessene Polemik hervor. Daß das Denkmal nun doch zur Aufstellung kam, wurde durch den Umstand ermöglicht, daß es, obgleich unmittelbar an öffentlicher Straße zwischen zwei hohen Kontorbauern aufgestellt, sich dennoch auf privatem Grund und Boden befindet. Die Eigentümerin des von einem kleinen grünen Platz umgebenen Denkmalterrains ist die Gartengesellschaft.

wirtlich leistungsfähige Mittelstand des Gewerbes dadurch verdrängt wird. Die Befestigung unruhiger Winkelbetriebe aber würde in jeder Beziehung ein Gewinn sein.

Daß dadurch die Zahl der selbständigen Existenzen vermindert wird, kann vom sozialen Standpunkte nicht als ein Nachteil angesehen werden, soweit diese Selbständigkeiten nur auf Kosten der Masse, der Arbeiterbevölkerung möglich waren, die höhere Preise bezahlen mußte, als bei rationelleren Betriebsformen nötig gewesen wäre. Dies gilt insbesondere von dem Detailhandel, in dem der Großbetrieb vermöge seiner größeren volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in der Zukunft immer mehr Boden gewinnen wird, wenn auch Deutschland in dieser Entwicklung eine beträchtliche Strecke hinter Amerika und England zurückbleiben wird. Abgesehen von der Befestigung individueller und lokaler Bedürfnisse an Mittel- und Kleinbetrieben und auch an kleineren Detailhandelsbetrieben nicht fehlen. Was aber den Mittelstand im sozialen Sinne betrifft, der sich nicht nach der Betriebsgröße, sondern nach dem Einkommen bestimmt, so wird es gerade eine Hauptaufgabe der Zukunft sein, ihm einen möglichst breiten Raum im dem Aufbau der Gesellschaft zu verschaffen.

Es ist kein Sozialdemokrat, sondern ein bürgerlicher Nationalökonom, der so über die Aufgabe des Konsumvereins und über die Befestigung der bürgerlichen Winkelbetriebe urteilt. Nichtsdestoweniger werden wir selbstver-

stündlich nach wie vor das unvermeidliche Geschick der Mittelständler zu hören bekommen, daß die Konsumvereine den Mittelstand vernichten" und damit die Grundpfeiler des „Staates und der Monarchie“ zerstören.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 1. Novbr.
Auftrieb 5800 Schweine. Markt langsam. Aber-
stand 250 Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 66,00 bis 68,00 (58.— bis 54,80 Mt.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 65,00 bis 67,00 (52,00 bis 59,50) Mt. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 65,00 bis 66.— (50,50 bis 51,50) Mt. Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 65,00 bis 66,00 (50,50 bis 51,50) Mt. Geringere Ware, Tara 24 Proz., 60,00 bis 64,00 (45,50 bis 48,50) Mt. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 59,00 bis 61,00 (47,00 bis 49,00) Mt. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 52,00 bis 58,00 (40,50 bis 45,00) Mt.

Schiffsnachrichten.

In Travemünde angekommene Schiffe.
Dienstag, 1. November.

D. Storfursten, Kapl. Lindberg, von Gango, 4 T.
Helene, Kapl. Scheel, von Hensburg, 2 T.
D. Stockholm, Kapl. Dieckow, von Königsberg, 50 St.
D. Secadler, Kapl. Neuw, von Wismar, 4 St.
Familien, Kapl. Jönsson, von Skutskär, 9 T.

D. Meta, Kapl. Romer, von Fehmarn, 6 St.
D. Köln, Kapl. Gespe, von St. Petersburg, 4 T.
Von Travemünde abgegangene Schiffe.
Dienstag, 1. November.

D. Ascania, Kapl. Brinkmann, nach Kolbing.
D. Halle, Kapl. Stofferz, nach Rastrop.
D. Trave, Kapl. Melstahn, nach Petersburg.
D. Westküsten, Kapl. Larsson, nach Kopenhagen.
D. Sirius, Kapl. Blomquist, nach Stettin.
Schiffsbewegungen.
D. Wiborg ist gestern morgen von Kofka nach Wisman abgedampft.
D. Linnea ist Montag abend in Helsingfors angekommen.
D. Finland ist Montag abend in Åbo angekommen.
D. Regir ist Montag abend in Helsingfors angekommen.
D. Ganja ist gestern morgen in Libau angekommen.
D. D. A. Hansen ist gestern von Strahstadt auf hier abgegangen.
D. Arcona ist gestern vormittag in Königsberg angekommen.
D. Stadt Lübeck ist gestern abend in Danzig angekommen.
D. Gustaf Waia ist gestern morgen 7 Uhr von Rebeck auf hier abgegangen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: F. H. Schöwarz, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Zu sofort oder 1. Oktober
Kottwitzstraße mehrere Drei- und
Zweizimmerwohnungen
zu vermieten. Näheres
Kottwitzstraße 48. vt., r.

Arbeiterinnen

für die Marinieranstalt

gesucht
Aug. Schumacher
Ernestinenstraße 3.

Damen- u. Kinder-Jackets, Mäntel
sowie Herrn-Winterpalcoats, Mäntel
und versch. Kleidungsstücke, passend
für Fuhrm. Stavenstr. 43.

Ein blaues Sammet-Jackett, pass.
für junges Mädchen, billig zu wer-
kaufen. Gansstraße 62 I.

Ein gut erhaltener Winter-Über-
zieher, Preis 8 Mt., ein paar gut
erhalt. Halbstiefel, gr. 42 1/2, Preis
5 Mt. Menast. 4, links.

Dobermann zu verkauf.
Safenstraße 52.

Zu verkaufen
schöne Winteräpfel
zu 6, 10 und 12 Pfg. das Pfund.
N. Jürgensen, Dohrenstraße.

Gute gelbe Kartoffeln, 100 Pfd.
3,25 Mt., Magnum bon. 100 Pfd.
2,75 Mt. frei Haus, 10 Pfd. 30 u.
35 Pfg. empfiehlt Devenau 13.

Haisenfelle,
Kanin, Fildis, Warden, Fuchs etc.,
Hferdehaare,

Nähren, Aufschwefshaare etc. etc.
kauft zu höchsten Tagespreisen
J. L. Würzburg, Wahnstraße
22 a.

Nähmaschinen-
Hinrichsen
Beckerstraße 70
repariert am besten Nähma-
schinen unt. 2 Jahre Garantie.

Plakate

betr.
Verordnung des Medizinal-
amts vom 11. Juli d. Js.
Fezühl. Feilhalten von Nah-
rungs- und Genussmitteln
sind zum Preise von 30 Pfg.
per Stück zu haben in der
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Ausspielen

von
Gänsen, Karpfen
u. **Ranchfleisch**
am Sonntag, 6. November
Anfang morgens 11 Uhr.
Eintritt 50 Pfg.
Hierzu ladet freundlich ein
J. Roks,
G. Köhler (Beit.)

Wiegels Konservierungs-Souig-Essig
beibehalten und bewahrt. Garantiert, in den meisten einschlägigen Ge-
schäften erhältlich.

APOLLO-
HEATER.
Heute:

Der Mond hat Flecke!

aber Ihre Wäsche nicht,
wenn Sie
„Epur“

benutzen. — Dasselbe reinigt auch Ge-
schirre, Marmorplatten, Fußböden, Bade-
wannen etc., ist frei von Chlor und greift
die Wäsche nicht an.
Zu haben in den meisten Kolonialwaren- u. Drogen-
Handlungen. In Paketen von 1/2 Pfund à 30 Pfg.
und 1/4 Pfund à 60 Pfennig.

Vertreter: **Otto G. Stahmer, Hamburg, Weidenallee 6/12.**

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Geh. rote Lubeca-Rabattmarken.

Arbeiter-Radfahrer-Verein
Lübeck.
Versammlung
am Donnerstag, 3. November,
abends 8 1/2 Uhr,
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Bericht betreffend Radfahrwege.
3. Wahl der Delegierten zum Ge-
richtstag.
4. Verschiedenes.
Der Vorstand:

Achtung!
Zimmerer.
Die Mitglieder-Versammlung
findet wegen Renovierung des kleinen
Saales am Donnerstag, dem 3. Nov.
nicht statt.
Der Vorstand:

Ausnahmepreis für unsere Leser!

Charles Dickens
Auswahl seiner besten
Schriften in einer illustr.
Pracht-Ausgabe.
Reichhaltiger, hochinter-
essanter Inhalt.
2 elegante Pracht-Bände, großes
Format.
Beide Bände eleg. geb. zu
dem billigen Preise von
nur Mark 3.—



Kapt. Marryats Werke.
Neue illustrierte
Pracht-Ausgabe.
Aus dem Inhalt heben wir nur
einiges hervor: Jacob Ehrlich
Peter Simpel. — Der Pirat. — Das
Gespensterschiff. — Drei Kutter
Wilddieb.
Reichhaltiger, hoch-
interessanter Inhalt.
2 elegante Pracht-Bände, großes
Format.
Beide Bände zu dem billigen
Preise von
nur Mark 3.—



Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Zentral-Hallen
20 Dankwartsgrube 20.
Unterzeichneter beabsichtigt, diesen Winter
4 Abonnements-Bälle
zu veranstalten und bittet um gütige Unterstützung. Der Abonnements-
preis beträgt für Familie 3 Mt., für einen Herrn 2 Mt., 1 Dame frei.
Kassenpreis a Person 1 Mt., eine Dame frei.
Gedächtnisvoll Herm. Pagel.
NB. Der erste Ball findet heute Mittwoch, den 2. November, statt.

Schmiedestr. 20. Tonhalle Schmiedestr. 20.
(Pariser Kinema)
(Diese Woche die neuesten Lichtspiele.)
Die Journal. Das Verneil Oberland. Die Rosen.
Sternenfabriken. Natur. — Die Konkurrenten.
Die schwarze Hand. Der zerlegbare Mensch. Humor.
— Ein Kampf das Leben. Durch ein Kind ge-
führt. Ein Stiefkind des Glücks. Dramen.
Der Direktor.

Achtung!
Staatsarbeiter.
Mitglieder-Versammlung
am Freitag, dem 4. November,
abends 8 1/2 Uhr,
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 3. Quartal.
3. Bericht von der Internationalen
Konferenz.
Referent Kollege **Schönberg-**
Hamburg.
4. Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung
halber ist es Pflicht aller Kollegen
zu erscheinen.
Die Ortsleitung.

Zentral-Hallen
Dankwartsgrube 20.
Jeden Donnerstag:
Großes Tanzkonzert.
Eintritt für Herren 25 Pfg., für
Damen 10 Pfg., dafür Tanz frei.
H. Pagel.

Hansa-Theater
Täglich abends 8 1/2 Uhr.
Gastspiel des Original
Parisiana-Ensembles,
mit den bekannten Schlagern:
Turigeheimnisse
Schwank in 1 Akt von Neidhardt.
Verbotene Frucht
Interieursstück in 1 Akt v. Provinz.
Ein wenig Musik
Stück in 1 Aufzug von Cronier.
Loos Nr. 33
Schwank in 1 Akt von W. Ascher.
Seit Monaten in Hamburg
Tagesgespräch. In Berlin täglich
vor ausverkauften Häusern.
Vorverkauf bei Sager.
Vorzugskarten haben nur
wochentags Gültigkeit.

Stadthallentheater.
Freitag, 4. Nov. Abends 8 Uhr.
Wenn der junge Wein blüht.
Lustspiel von B. Björnson.
Vorverkauf täglich in den bekannten
Stellen bei Nagel, Markt 14 und
Ros, Kohlmarkt 13.

Neues Stadttheater.
Donnerstag, 3. November, 7 1/2 Uhr.
Ball-Abonn. 42. Donnerst.-Abonn. 7
Ausnahmsh. nicht erhöht. Preis-
Gastspiel v. Kapl. Kammerlängers
Alois Pennarini
vom Stadttheater in Hamburg.
Tannhäuser.
Große Oper von R. Wagner.
Freitag, 4. Nov. Abends 8 Uhr.
Die Förster-Christl.
Operette von Georg Sarno.